

# STAATSANZEIGER



## FÜR DAS LAND HESSEN

1990

MONTAG, 2. Juli 1990

Nr. 27

	Seite		Seite		Seite
<b>Hessische Staatskanzlei</b>		<b>Abteilung der Kosten für die Behandlung interkurrenter Erkrankungen</b> . . . . .	1277	<b>GIESSEN</b>	
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . .	1274	Antrag auf Hinterbliebenenrente aus der Rentenversicherung der Arbeiter . . . . .	1277	<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „In der Weidengalle und Hasenbach bei Merlau“ vom 5. 6. 1990</b> . . . . .	1286
<b>Hessisches Ministerium des Innern</b>		Verleihung der Bernhard-Christoph-Faust-Medaille . . . . .	1278	<b>Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 11. 6. 1990</b> . . . . .	1288
Zahlung von Kindergeld an Angehörige des öffentlichen Dienstes . . . . .	1274	Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen . . . . .	1278	3. Sitzung der Regionalen Planungsversammlung beim Regierungspräsidium Gießen . . . . .	1289
<b>Hessisches Ministerium der Finanzen</b>		<b>Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz</b>		<b>KASSEL</b>	
Organisation der Ämter für Verteidigungslasten; hier: Verlagerung der Zuständigkeit für die Bearbeitung der Sachschäden von den Nebenstellen der AVL Gießen zum Hauptamt . . . . .	1274	Geschäftsordnung des Hessischen Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung . . . . .	1285	<b>Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 12. 6. 1990</b> . . . . .	1289
<b>Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Technik</b>		<b>Personalnachrichten</b>		<b>Hessischer Verwaltungsschulverband</b>	
Förderung der mittelständischen Wirtschaft; hier: Richtlinien für die Bewilligung von Mitteln des Landes Hessen zur Unterstützung von Innovationsvorhaben der mittelständischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Umweltschutztechnologien . . . . .	1274	im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern . . . . .	1285	Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungssseminar Darmstadt . . . . .	1289
Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft; hier: Änderung . . . . .	1274	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz . . . . .	1286	<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	1291
Wirtschaftsprüfer-Prüfung Frühjahr 1991 . . . . .	1275	beim Hessischen Rechnungshof . . . . .	1286	<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .	1292
<b>Hessisches Sozialministerium</b>		<b>Die Regierungspräsidien</b>		<b>Andere Behörden und Körperschaften</b>	
Großgeräteplanung; hier: Standort für einen Kernspintomographen an den Städtischen Kliniken Fulda . . . . .	1276	<b>DARMSTADT</b>		Umlandverband Frankfurt; hier: Bekanntmachung der Vertretungsberechtigung des Eigenbetriebes „Umlandverband Frankfurt — Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung“ . . . . .	1301
Durchführung der Bundespflegesatzverordnung vom 21. 8. 1985 und der Verordnung über die Schiedsstelle für die Festsetzung nach § 18 a Abs. 4 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vom 22. 5. 1986; hier: Beschleunigung des Pflegesatzverfahrens . . . . .	1276	<b>Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 19. 6. 1990</b> . . . . .	1286	<b>Öffentliche Ausschreibungen</b> . . . . .	1301
		Genehmigung der Stiftung „Goldener Zuckerhut“, Sitz Frankfurt am Main . . . . .	1286	<b>Stellenausschreibungen</b> . . . . .	1302
		Wohnplatzverzeichnis; hier: Umbenennung des Wohnplatzes „Sendefunkstelle“ in „Erdfunkstelle“ . . . . .	1286		

624

## HESSISCHE STAATSKANZLEI

**Staatliche Anerkennung von Rettungstaten**

Die Hessische Rettungsmedaille habe ich mit Urkunde vom 17. Mai 1989

Herrn Polizeimeister Manfred B r e h m , Rodau, für die am 9. Mai 1988 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode,

mit Urkunde vom 17. Mai 1989

Herrn Polizeiobermeister Horst B o n k e , Darmstadt, für die am 9. Mai 1988 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode,

mit Urkunde vom 24. Mai 1989

Herrn Ahmed K a r a k u r t , Herborm, für die am 7. Juli 1987 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode,

mit Urkunde vom 24. Mai 1989

Herrn Ulrich W e b e r , Burbach, für die am 7. Juli 1987 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode

verliehen.

Wiesbaden, 12./15. Juni 1990

Der Hessische Ministerpräsident  
P 13 — 14 c 06/01

StAnz. 27/1990 S. 1274

625

## HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN

**Zahlung von Kindergeld an Angehörige des öffentlichen Dienstes**

Bezug: Mein Rundschreiben vom 26. Juli 1983 (StAnz. S. 1650)

Für die im September 1990 durchzuführende Überprüfung der maßgeblichen Einkommensverhältnisse im Berechnungsjahr 1989 für das Leistungsjahr 1991 gelten die in Abschn. III meines Bezugsrundschreibens i. d. F. meines Rundschreibens vom 19. Juni 1986 (StAnz. S. 1364) für die Prüfung im September 1983 gegebenen Hinweise entsprechend.

Die für die Durchführung der Prüfung zu verwendenden Vor-

drucke Nrn. 2.30-9 bzw. 2.30-9 (Endlos-Druck) der Landesbeschaffungsstelle Hessen werden in überarbeiteter Fassung neu aufgelegt. Der Vordruck 2.30-10 (Ergänzungsblatt 4) ist bereits im Januar 1990 neu aufgelegt worden (Fassung 1.90). Ich bitte, für die anstehende Prüfung die genannten Vordrucke nur in der neuen Fassung zu verwenden. Bei der Deckung des Bedarfs sind die unter Abschn. III Nr. 1.1 Abs. 1 und 2 meines Bezugsrundschreibens gegebenen Hinweise zu beachten.

Wiesbaden, 16. Juni 1990

Hessisches Ministerium des Innern  
I B 21 — P 1513 A — 1

StAnz. 27/1990 S. 1274

626

## HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

**Organisation der Ämter für Verteidigungslasten (ÄVL);**

hier: Verlagerung der Zuständigkeit für die Bearbeitung der Sachschäden von den Nebenstellen der AVL Gießen zum Hauptamt

Mit Wirkung vom 1. August 1990 wird die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Sachschäden vom AVL Gießen, Nebenstellen Bad Hersfeld und Kassel, zum AVL Gießen (Hauptamt) übertragen.

Wiesbaden, 13. Juni 1990

Hessisches Ministerium der Finanzen  
O 1006 A — 1 — I A 23

StAnz. 27/1990 S. 1274

627

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

**Förderung der mittelständischen Wirtschaft;**

hier: Richtlinien für die Bewilligung von Mitteln des Landes Hessen zur Unterstützung von Innovationsvorhaben der mittelständischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Umweltschutztechnologien

Bezug: Erlasse vom 4. Oktober 1985 (StAnz. S. 1988),  
18. August 1986 (StAnz. S. 1732)

Die o. g. Richtlinien werden aufgehoben.

Auf die gleichzeitige Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft wird hingewiesen.

Wiesbaden, 29. Mai 1990

Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik  
I b 3 — 69 c 22 87 04

— Gült.-Verz. 500 —

StAnz. 27/1990 S. 1274

628

**Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft;**

hier: Änderung

Bezug: Erlasse vom 6. März 1989 (StAnz. S. 784),  
10. April 1989 (StAnz. S. 992),  
22. August 1989 (StAnz. S. 1945),  
12. Oktober 1989 (StAnz. S. 2300)

Teil II, Ziff. 7 der Richtlinien („Eingliederungsprogramm“) wird Ziff. 8.

Eingefügt wird in Teil II folgende neue Ziff. 7:

„7. Hessisches Umwelttechnologieprogramm

7.1 Allgemeines

Um die Entwicklung und Einführung innovativer umweltfreundlicher Produkte und Produktionsanlagen zu beschleunigen, gewährt das Hessische Ministerium für Wirtschaft.

und Technik kleinen und mittleren Unternehmen, die solche Produkte oder Anlagen entwickeln oder herstellen, Finanzierungshilfen.

Initiative und Verantwortung für das Entwicklungs- oder Investitionsvorhaben verbleiben beim Antragsteller.

Durch die Förderung soll das Risiko vermindert, dem Antragsteller aber nicht abgenommen werden.

Die Förderung soll darüber hinaus auch generell zur Stärkung der Innovationskraft insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Grundlage des Programms ist das Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen der hessischen Wirtschaft vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 458), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 1986 (GVBl. I S. 265).

## 7.2 Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind kleine und mittlere hessische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie Ingenieurbüros und ähnliche freie Berufe mit nicht mehr als 500 Beschäftigten und nicht mehr als 70 Millionen DM Umsatz pro Jahr, die ihre Betriebsstätte in Hessen haben. Wird das Vorhaben von mehreren Unternehmen gemeinsam durchgeführt, so ist der Antrag von einem der Beteiligten zu stellen. Die anderen Beteiligten sind zu nennen. Kooperationsverträge sind vorzulegen.

## 7.3 Verwendungszweck

Gefördert werden Vorhaben, die in Hessen durchgeführt werden und zwar:

### 7.3.1 Entwicklungs- und Pilotvorhaben

- zur Verminderung bzw. Vermeidung von schädlichen oder lästigen Emissionen,
- zum Schutz vor schädlichen oder lästigen Immissionen,
- zur Messung und Analyse von Emissionen und Immissionen,
- zur Einsparung knapper natürlicher Ressourcen, insbesondere durch Verbrauchseinsparung,
- zur Vermeidung und Verminderung von Abfallmengen, z. B. durch Recycling von Abfallstoffen,
- zum Transport und zur Beseitigung von Abfällen,
- zur Behebung von Umweltschäden,
- zur Wassereinsparung,
- zur Trinkwasseraufbereitung,
- zur Abwasserreinigung, insbesondere zur Elimination gefährlicher Stoffe,

die den bisherigen Stand der Technik in der Bundesrepublik Deutschland erhöhen.

Es muß sich um Vorhaben handeln, bei denen eine neue oder neuartige Produktionsanlage, ein neues oder neuartiges Produktionsverfahren oder ein neues oder neuartiges Produkt geschaffen werden soll.

Die Vorhaben müssen technisch erfolgversprechend sein und mittelfristig Aussicht auf Verwertung bieten.

### 7.3.2 Investitionen zur Herstellung neuartiger

- umweltfreundlicher Produkte,
- umweltfreundlicher Produktionsanlagen oder

oder sonstiger Umweltschutztechnik, die geeignet sind, Umweltbelastungen zu vermeiden oder auf Dauer deutlich zu verringern.

Ersatzinvestitionen werden nicht gefördert.

## 7.4 Art und Umfang der Förderung

### 7.4.1 Bei Entwicklungs- und Pilotvorhaben nach 7.3.1 erfolgt die Förderung durch einen Zuschuß zu den Ausgaben.

Als zuschufähig können alle Ausgaben anerkannt werden, die bei wirtschaftlicher und sparsamer Betriebsführung unmittelbar für die Vorbereitung und Durchführung des Vorhabens anfallen und nachgewiesen werden.

Der unmittelbare Personalaufwand für das Vorhaben wird mit folgenden Ausgabenpauschalen als zuschufähig anerkannt:

- 12 800,— DM für Diplom-Ingenieure, Naturwissenschaftler und Vergleichbare mit Universitätsabschluß,
- 8 800,— DM für Diplom-Ingenieure mit Fachhochschulabschluß, Techniker, Meister und Vergleichbare und

6 500,— DM für Facharbeiter und Vergleichbare pro Person und Monat. Ein Monat entspricht dabei 160 geleisteten Arbeitsstunden. Der Nachweis erfolgt durch Stundenaufzeichnungen.

Nicht zuschufähig sind Ausgaben für Grunderwerb, Ausgaben für die Beschaffung von Kapital (insbesondere Zinsen) und, sofern der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, Mehrwertsteuer.

Der Fördersatz beträgt in der Regel bis zu 25% der zuschufähigen Ausgaben, in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und des Hessischen Strukturförderprogramms bis zu 35%. Bei Vorhaben, deren Durchführung im besonderen Interesse des Landes liegt, kann der Fördersatz bis zu 50%, in den Fördergebieten bis zu 70% betragen.

Höchstens wird ein Zuschuß von 200 000,— DM gewährt.

### 7.4.2 Für Investitionsvorhaben nach 7.3.2 erfolgt die Förderung durch kapitalisierte Zinszuschüsse, die zur Verbilligung von Krediten aus dem Ergänzungsprogramm III der Deutschen Ausgleichsbank (DtAB) oder — sofern die Voraussetzungen dafür vorliegen — aus dem Umweltschutzbürgschaftsprogramm (Kredite mit Haftungsfreistellung) der DtAB dienen.

Mit dem Zinszuschuß des Landes Hessen wird der Zinssatz der DtAB-Kredite für den Endkreditnehmer um 1% p. a. für eine Kreditlaufzeit von maximal zehn bzw. — beim Umweltschutzbürgschaftsprogramm der DtAB — maximal zwölf Jahren verbilligt. Im übrigen gelten die Richtlinien und die Allgemeinen Bedingungen zum Ergänzungsprogramm III bzw. zum Umweltschutzbürgschaftsprogramm der DtAB.

Mit dem Zinszuschuß des Landes Hessen können Kredite bis zu 50% der förderfähigen Investitionssumme, maximal Kredite bis zur Höhe von 1 Mio. DM, verbilligt werden.

### 7.4.3 Die Gewährung und die Höhe der Finanzierungshilfe richtet sich nach dem Grad des Landesinteresses an der Verwirklichung des Vorhabens.

## 7.5 Kumulation mit anderen Beihilfen

### 7.5.1 Bei Vorhaben nach 7.3.1 vermindert die gleichzeitige Förderung aus anderen Förderprogrammen der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes oder der Länder die zuschufähigen Ausgaben entsprechend.

### 7.5.2 Bei Vorhaben nach 7.3.2 kann der Zinszuschuß neben anderen öffentlichen Finanzierungshilfen gewährt werden.

## 7.6 Antragsverfahren

Anträge sind an die Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH (HLT), Wiesbaden oder Kassel (Anschriften siehe Teil I, Ziff. 4.2), zu stellen.

Für Vorhaben nach 7.3.1 ist der Antragsvordruck der HLT zu verwenden und dieser zusammen mit den erforderlichen Projektunterlagen bei der HLT einzureichen.

Für Vorhaben nach 7.3.2 ist der Antragsvordruck der Deutschen Ausgleichsbank zu verwenden und — mit einem Hinweis auf das Hessische Umwelttechnologieprogramm versehen — über die Hausbank an die DtAB zu senden. Gleichzeitig ist eine Ausfertigung des Antrags mit den dazugehörigen Unterlagen an die HLT zu senden. Die HLT teilt der DtAB die Entscheidung über die Gewährung des Zinszuschusses des Landes Hessen mit.

## 7.7 Publizität

Bei Entwicklungs- und Pilotvorhaben nach 7.3.1 sind das Land Hessen und die Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH (HLT) berechtigt, über den Gegenstand der Vorhaben, die erzielten Ergebnisse, die Höhe der Förderung und die Namen der Antragsteller öffentlich zu berichten.“

Wiesbaden, 29. Mai 1990

**Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik**  
I b 3 — 69 c 22.01 02  
— Gült.-Verz. 500 —

StAnz. 27/1990 S. 1274

629

## Wirtschaftsprüfer-Prüfung Frühjahr 1991

Der schriftliche Teil der Wirtschaftsprüfer-Prüfung wird voraussichtlich im März 1991 beginnen. Als Termin für die mündliche Prüfung ist der Monat Juni 1991 vorgesehen.

Anträge auf Zulassung zur Prüfung bitten wir mit den in § 2 der Prüfungsordnung für Wirtschaftsprüfer vom 31. Juli 1962 (BGBl. I S. 529), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. März 1988 (BGBl. I S. 202), aufgeführten Unterlagen bis spätestens 31. Oktober 1990 beim Zulassungsausschuß für Wirtschaftsprüfer des Landes Hessen, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, 6200 Wiesbaden, Postfach 31 29, einzureichen.

Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung ergeben sich aus den §§ 7 ff. des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) i. d. F. vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560).

Für das Zulassungsverfahren ist eine Gebühr von 200,— DM zu entrichten; die Prüfungsgebühr beträgt 750,— DM (§ 14 a der Wirtschaftsprüferordnung). Die Gebühren werden angefordert

oder können im voraus an die Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden, Postgirokonto Frankfurt am Main Nr. 947 16-608, unter Angabe des Vermerks: Z b 1 — 07 01 — 111 64 überwiesen werden. Körperbehinderten Bewerber(n)/innen kann die Frist für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten jeweils um eine Stunde verlängert werden (§ 8 Abs. 2 der Prüfungsordnung).

Die dem Zulassungsantrag beigefügten Fotokopien bzw. Abschriften von Zeugnissen und sonstigen Urkunden müssen amtlich beglaubigt sein.

Wiesbaden, 7. Juni 1990

Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik  
Z b 1 441 d 1

StAnz. 27/1990 S. 1275

630

## HESSISCHES SOZIALMINISTERIUM

### Großgeräteplanung;

hier: Standortbestimmung für einen Kernspintomographen an den Städtischen Kliniken Fulda

Nach Abstimmung im Großgeräteausschuß nach § 122 SGB V erkläre ich hiermit gemäß § 10 KHG die Städtischen Kliniken Fulda zum Standort für einen Kernspintomographen.

Die Standorterklärung erfolgt mit der Maßgabe der Gestattung einer ambulanten Mitbenutzung durch niedergelassene Kassenärzte.

Wiesbaden, 5. Juni 1990

Hessisches Sozialministerium  
III/III B 4 a — 18 c 04.03.29/30  
StAnz. 27/1990 S. 1276

631

### Durchführung der Bundespflegesatzverordnung — BPfIV — vom 21. August 1985 (BGBl. I S. 1666) und der Verordnung über die Schiedsstelle für die Festsetzung nach § 18 a Abs. 4 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vom 22. Mai 1986 (GVBl. I S. 150);

hier: Beschleunigung des Pflegesatzverfahrens

Das Pflegesatzverfahren 1990 hat gezeigt, daß dem neuen Krankenhausrecht in wichtigen Punkten immer noch nicht entsprochen wird. Vor allem wird der Prospektivitätsgrundsatz zu wenig beachtet. Zu viele Pflegesatzverhandlungen beginnen zu spät im ablaufenden Pflegesatzzeitraum oder beginnen gar erst im laufenden Pflegesatzzeitraum. Zu viele Pflegesätze müssen mit Zu- oder Abschlägen (§ 19 Abs. 2 Satz 4 BPfIV) versehen werden, was immer Liquiditäts- und Rechtsprobleme zur Folge hat.

Immer noch wird in zu vielen Fällen trotz der immensen detaillierten Unterlagen nicht an kritischen Einzelpunkten, sondern zu pauschal verhandelt, so daß für die Genehmigungsbehörde oftmals nicht erkennbar ist, warum das Verhandlungsergebnis vom ursprünglichen Antrag des Krankenhauses abweicht. Notwendigerweise führt das dann zu Rückfragen. In einigen Fällen mißverstehen die Pflegesatzparteien die Schiedsstelle immer noch als einen Ort zur Fortsetzung der von ihnen allein nicht hinlänglich geführten Pflegesatzverhandlungen. Schließlich kommt es zwangsläufig zu Engpässen bei der Genehmigungsbehörde, wenn zu viele Anträge in einem kurzen Zeitraum dort eingehen.

Aus den vorstehenden Gründen fordere ich die Vertreter von Kostenträgern und Krankenhäusern im Lande, die für die Durchführung des Pflegesatzverfahrens Verantwortung tragen, dringend auf, alles zu unternehmen, um das Pflegesatzverfahren wesentlich zu beschleunigen und dem neuen Krankenhausrecht damit endlich auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen.

Die folgenden Punkte wurden einvernehmlich mit dem Landespflegesatzausschuß anlässlich der 66. Sitzung am 31. Mai 1990 abgestimmt:

1. Die Pflegesatzverhandlungen nach § 18 KHG und § 16 BPfIV sollten so frühzeitig begonnen werden, daß vor Beginn des neuen Pflegesatzzeitraumes noch genügend Zeit für Schieds- und Genehmigungsverfahren bleibt. Meine jeweiligen Empfehlungen für die Pflegesatzvereinbarungen fungieren dabei als Checkliste für die Vollständigkeit der Unterlagen, die der Schiedsstelle oder der Genehmigungsbehörde zuzuleiten sind.

Es sollte zukünftig überall möglich sein, mit den Pflegesatzverhandlungen zur Jahresmitte, spätestens jedoch nach der Sommerpause im 3. Quartal zu beginnen. Das würde im alleinstimmigen Interesse auch der Genehmigungsbehörde die Möglichkeit geben, ihre Arbeit rechtzeitig zu Beginn des neuen Pflegesatzzeitraumes im wesentlichen abzuschließen. Das Pflegesatzrecht bietet den Vertragsparteien genügend Gestaltungsmöglichkeiten, die damit verbundenen Kalkulationsrisiken in vertretbaren Grenzen zu halten (z. B. § 4 Abs. 2 Satz 3 BPfIV). Im übrigen gilt im Rahmen der Vorgaben von KHG und BPfIV der Grundsatz der Vertragsfreiheit.

2. Die Sechswochenfrist nach § 18 Abs. 4 KHG und § 16 Abs. 3 BPfIV ist unbedingt einzuhalten. Allerdings setzt das voraus, daß bei ihrem Beginn die Unterlagen nach § 16 Abs. 4 BPfIV auch den Kostenträgern zur Verfügung stehen. Nach meinen langjährigen Beobachtungen hat es sich fast durchweg als fruchtlos erwiesen, Pflegesatzverhandlungen länger als sechs Wochen hinzuziehen.

Ungeachtet dessen besteht für die Pflegesatzparteien Einigungspflicht, d. h. sie dürfen nichts unversucht lassen, um innerhalb der Sechswochenfrist den Vertrag antragsreif zu machen. Nur wenn dann noch Punkte übrig sein sollten, über die Einigung nicht zu erzielen war, ist dazu unverzüglich die Schiedsstelle anzurufen.

3. Zwei wichtige Instrumente zur Beschleunigung des Pflegesatzverfahrens bietet die BPfIV in § 16 Abs. 6:
  - 3.1 Nach § 16 Abs. 6 Satz 1 sind „wesentliche Fragen zur Kosten- und Leistungsstruktur des Krankenhauses so frühzeitig gemeinsam vorzuklären, daß die Pflegesatzverhandlung zügig durchgeführt werden kann“. Das bedeutet, daß diese „wesentlichen Fragen“ vor Beginn der Sechswochenfrist nach § 18 Abs. 4 KHG geklärt sein müssen, um diese anschließend auf jeden Fall einhalten zu können. Zu dieser Art der Vorklärung sind die Pflegesatzparteien im Interesse einer zügigen Verfahrensabwicklung ausdrücklich verpflichtet (§ 16 Abs. 6 Satz 1 Halbs. 1).
  - 3.2 In § 16 Abs. 6 Satz 2 bis 4 BPfIV wird ein Verfahren angeboten, das bislang viel zu wenig praktische Anwendung gefunden hat. Danach sollen die Parteien „das Budget und die Pflegesätze auf der Grundlage der verfügbaren Daten“ vereinbaren, wenn wesentliche Fragen bis zur Pflegesatzverhandlung nicht geklärt werden können. Es versteht sich von selbst, daß auch eine Pflegesatzvereinbarung nach § 16 Abs. 6 Satz 2 BPfIV nur unter Beachtung von § 17 Abs. 1 Satz 2 KHG genehmigungsfähig ist. Jedenfalls hat die Verfahrensweise nach § 16 Abs. 6 Satz 2 BPfIV den großen Vorteil, daß die Parteien in einer sachlich angemessenen Größenordnung eine Pflegesatzvereinbarung so rechtzeitig erreichen können, daß der Zeitraum für das noch laufende Budget nicht überschritten wird. Zugleich gewinnen sie die notwendige Zeit und Ruhe, um die noch offenen Fragen gewissenhaft und sachgerecht zu klären. Falls erforderlich kann dafür eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung angesetzt werden (§ 16 Abs. 6 Satz 3 BPfIV). Berücksichtigt werden kann das Ergebnis der Sachaufklärung — gleichgültig ob mit oder ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung — in jedem Fall erst bei der nächstfolgenden Pflegesatzvereinbarung.

Leider steht der Anwendung dieser von der Verordnung gegebenen Beschleunigungsmittel des Pflegesatzverfahrens vielerorts immer noch das aus früherem Recht herrührende Bewußtsein entgegen, Pflegesatzverhandlungen nur auf der Grundlage möglichst vollständiger und aktueller Ist-Zahlen führen

zu können. Jedoch steht das in klarem Widerspruch zum Prospektivitätsgebot des neuen Krankenhausrechts.

4. Besonders dringend sind diejenigen Pflegesatzparteien aufgefördert, frühzeitig mit den Verhandlungen zu beginnen, wo die Krankenhauspflegesätze mit hohen Zu- und Abschlägen nach § 19 Abs. 2 Satz 4 BPfIV belastet sind. Auch wenn solche Zu- oder Abschläge im Einzelfall nicht vermeidbar sein mögen, besteht hier immer eine besonders hohe Verantwortung der Verhandlungspartner, schnellstmöglich die Ursachen dafür zu beseitigen und zu einer prospektiven Pflegesatzgestaltung zurückzukehren.
5. Für das Schiedsverfahren gelten die folgenden von der Schiedsstelle für die Festsetzung der Krankenhauspflegesätze in Hessen am 31. August 1989 beschlossenen Verfahrensgrundsätze:

#### 5.1 Antragsvoraussetzung

Voraussetzung für den Antrag auf Festsetzung durch die Schiedsstelle ist, daß innerhalb der Frist von sechs Wochen (§ 18 Abs. 2 Nr. 4 KHG) nach wirksamer Aufforderung zur Aufnahme von Pflegesatzverhandlungen (§ 16 Abs. 3 BPfIV) eine Pflegesatzvereinbarung ganz oder teilweise nicht zustande gekommen ist (§ 17 BPfIV).

Mit dem Vereinbarungsprinzip des Pflegesatzrechts, seiner stufenförmig gestalteten Selbstverwaltungslösung und der subsidiären Zuständigkeit der Schiedsstelle ist es unvereinbar, daß die Vertragsparteien auf Verhandlungen mit dem ernsthaften Willen zur Einigung zugunsten der Festsetzung durch die Schiedsstelle verzichten. Dies hat auch das Bemühen der Vertragsparteien einzuschließen, Teileinigungen zu erzielen.

#### 5.2 Antragsinhalt

Der Inhalt des Antrages auf Festsetzung bestimmt sich nach den §§ 8 und 9 Abs. 2 Satz 1 der Schiedsstellen-Verordnung vom 22. Mai 1986. Danach hat der Antrag die Vertragsparteien und die Beteiligten zu nennen, den Sachverhalt zu erläutern, ein zusammenfassendes Ergebnis der Einigungsverhandlung darzulegen sowie die Gegenstände zu bezeichnen, über die keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Daraus folgt, daß die Punkte oder Gegenstände, über die keine Einigung erzielt werden konnte, konkret zu bezeichnen sind; die unterschiedlichen Standpunkte sind zu begründen und soweit wie möglich durch geeignete Unterlagen so weitgehend zu belegen, daß darüber in der Schiedsstellen-Verhandlung entschieden werden kann.

In dem Antrag sind die Gründe, die den Abschluß der Pflegesatzvereinbarung verhindert haben, im einzelnen mit ihren Auswirkungen auf die einzelnen Kostenarten und Abzüge, auf das voraus kalkulierte Budget (K 4.1 KLN), das Budget nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BPfIV (K 4.2 KLN) und den Pflegesatz (K 5, K 6 KLN und zusätzliche Selbstkosten nach § 14 Abs. 3 BPfIV) nach dem KLN mit der Stellungnahme des Antragstellers eingehend darzulegen.

Der Krankenhausträger hat den KLN nach dem Muster der Anlagen 1 und ggf. 2 zu § 16 Abs. 4 vorzulegen.

Dem Antrag sind ferner in Kopie folgende Unterlagen beizufügen:

- Die schriftliche Aufforderung zur Aufnahme der Pflegesatzverhandlung;
- alle von den Vertragsparteien in der Pflegesatzverhandlung zum Streitgegenstand vorgelegten Unterlagen;
- die Niederschrift über die Pflegesatzverhandlung;
- das Ergebnis der erfolglos gebliebenen Pflegesatzverhandlung sollte mit den beiderseitigen Positionen und Auswirkungen im einzelnen möglichst in einem gemeinsamen Protokoll, zumindest aber in einer einseitigen Niederschrift mit Stellungnahme der Gegenseite dargelegt werden;
- ein Widerspruch gegen die Pflegesatzvereinbarung nach § 18 Abs. 1 Satz 4 KHG.

#### 6. Gegenstand des Schiedsstellenverfahrens

Die Schiedsstelle kann nur über solche Streitpunkte entscheiden, die ihr von den Vertragsparteien zur Entscheidung vorgelegt werden, auch wenn in den Pflegesatzverhandlungen erkennbar weitere schiedsstellenfähige Gegenstände offengeblieben sind.

In der Pflegesatzverhandlung stehen alle Gegenstände der Budgetvereinbarung zur Disposition, im Verfahren vor der Schiedsstelle aber nur noch die streitigen und schiedsstellenfähigen Bereiche. Für sie ist maßgebend, was zwischen den Vertragsparteien verhandelt worden ist. Daher ist es unzulässig, Streitpunkte, die als solche nicht Gegenstand der Pflegesatzverhandlungen waren, in das Schiedsverfahren einzubringen.

Das ergibt sich daraus, daß die Schiedsstelle nach § 17 BPfIV nur über Gegenstände zu entscheiden hat, über die keine Einigung erzielt worden ist.

Abschließend ist noch auf § 19 BPfIV hinzuweisen, der grundsätzlich keine rückwirkende Pflegesatzgenehmigung zuläßt. Ausgenommen werden können davon nur die durch Schiedsstellenverfahren festgesetzten Pflegesätze; sofern keine schwerwiegenden von den Pflegesatzparteien selbst zu vertretenden Gründe entgegenstehen. Im übrigen sind an § 19 Abs. 2 Satz 2 BPfIV so hohe Anforderungen zu stellen, daß er kaum praktische Bedeutung erlangen kann. Für übergangsweise in der Vergangenheit hinnehmbare Abweichungen hiervon ist künftig kein Raum mehr.

Nur bei konsequenter Beachtung der vorstehenden Verfahrensregeln wird es möglich sein, die Pflegesatzverfahren so durchzuführen, daß die zum Teil leider berechtigte Kritik daran verstummt.

Wiesbaden, 7. Juni 1990

Hessisches Sozialministerium

III/III B 1 A — 18 c 04.17.02

StAnz. 27/1990 S. 1276

632

### Abgeltung der Kosten für die Behandlung interkurrenter Erkrankungen

Bezug: 66. Landespflegesatzausschußsitzung am 31. Mai 1990

Der Landespflegesatzausschuß hat anlässlich seiner 66. Sitzung am 31. Mai 1990 einstimmig folgenden Beschluß zur „Abgeltung der Kosten für die Behandlung interkurrenter Erkrankungen“ gefaßt.

Es gelten folgende Kriterien:

#### 1. Pflegesatzrelevanz der Kosten für die Behandlung interkurrenter Erkrankungen

Als allgemeine Krankenhausleistungen nach § 2 Abs. 2 Satz 1 BPfIV gelten als Beispiele für interkurrente Erkrankungen insbesondere folgende Fälle:

- a) Während einer stationären Behandlung wird auf Grund einer interkurrenten Erkrankung eine CT-Untersuchung veranlaßt;
- b) während stationärer Behandlung ist unabhängig vom Behandlungsleiden extern eine Strahlentherapie/Dialysebehandlung erforderlich;
- c) während stationären Aufenthalts erfolgt eine zahnärztliche Behandlung.

#### 2. Pflegesatzrelevanz der Fahrtkosten

Wie unter TOP 13 anlässlich der 61. Landespflegesatzausschußsitzung am 27. Oktober 1986 vereinbart, fließen weiterhin die Transportkosten bei Inanspruchnahme von Leistungen auswärtiger Ärzte oder ärztlich geleiteter Einrichtungen im Rahmen einer belegärztlichen Versorgung (§ 2 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 Nr. 4 BPfIV) oder von wahlärztlicher Leistung (§ 7 Abs. 3 Satz 1 BPfIV) in die Kosten für allgemeine Krankenhausleistungen ein.

#### 3. Abgrenzung nach § 33 SGB V

Zahnprothetische Leistungen und Hilfsmittel nach § 33 SGB V, die nicht fest mit dem Körper verbunden sind, zählen nicht zu den pflegesatzrelevanten Kosten des Krankenhauses.

Wiesbaden, 7. Juni 1990

Hessisches Sozialministerium

III/III B 1 A — 18 c 04.11.15

StAnz. 27/1990 S. 1277

633

### Antrag auf Hinterbliebenenrente aus der Rentenversicherung der Arbeiter

Bezug: Mein Erlaß vom 16. Dezember 1980 (StAnz. 1981 S. 113)

Mein Erlaß vom 16. Dezember 1980 tritt am 31. Dezember 1990 im Wege der Erlaßbereinigung außer Kraft. Er wird durch nachstehende Regelung ersetzt:

In Fällen, in denen im Zeitpunkt der Anmeldung der Rentenansprüche den anspruchsberechtigten Angehörigen die Todesursache des Versicherten nicht bekannt ist, stellen die Versicherungsämter zur Verkürzung der Laufzeit der Rentenansprüche in der Rentenversicherung der Arbeiter die Todesursache des Versicherten unmittelbar bei den Gesundheitsämtern fest und fü-

gen deren Mitteilung dem Rentenanspruch bei. Damit die Gesundheitsämter die erforderlichen Angaben machen können, ist es erforderlich, daß sich die Versicherungsämter von den antragstellenden Hinterbliebenen eine entsprechende Vollmacht zur Vorlage bei dem zuständigen Gesundheitsamt unterzeichnen lassen. Diese muß zum Ausdruck bringen, daß die Hinterbliebenen keinen Einwand gegen die Mitteilung der Todesursache erheben.

Die Versicherungsämter werden gebeten, den Gesundheitsämtern den Inhalt dieses Erlasses in geeigneter Weise bekanntzugeben.

Wiesbaden, 8. Juni 1990

Hessisches Sozialministerium  
I B 3 a — 54 f 6451 — 472/90  
— Gült.-Verz. 931 —

StAnz. 27/1990 S. 1277

634

### Verleihung der Bernhard-Christoph-Faust-Medaille

Wegen hervorragender Verdienste um die Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung in Hessen habe ich am 23. Mai 1990 in Wiesbaden die mit Erlaß vom 30. September 1976 (GVBl. I S. 444) gestiftete Bernhard-Christoph-Faust-Medaille an

Herrn Diplom-Chemiker Gerhard K a m m, Marburg,

Herrn Dr. med. Harald R e n n e r, Gilserberg,

und an

Herrn Friedrich R ö m e r, Darmstadt, verliehen.

Wiesbaden, 15. Juni 1990

Hessisches Sozialministerium  
III A 2 — 18 h 02.07

StAnz. 27/1990 S. 1278

635

### Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

In den Monaten April und Mai 1990 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. Nr. 201/513 — Tarifvertrag Nr. 576 vom 30. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über Zeitlöhne für Waldarbeiter.
2. Nr. 201/514 — Tarifvertrag Nr. 577 vom 30. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über Löhne nach dem Prämien-Sortentarif-kommunal (PST) und für sonstige Stücklohnarbeiten.
3. Nr. 201/515 — Tarifvertrag Nr. 578 vom 30. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über einen Prämienlohn bei der Holzernte.
4. Nr. 201/516 — Tarifvertrag Nr. 579 vom 30. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über einen Prämienlohn bei der Holzernte für Ganzbäume im schwachen Nadelholz.
5. Nr. 201/517 — Tarifvertrag Nr. 580 vom 28. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Änderung des GFTV II.  
Zu Nrn. 1. bis 5. betr. Waldarbeiter der gemeindlichen Forstbetriebe im Lande Hessen.  
Zu Nrn. 1. bis 5. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, sowie Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
6. Nr. 303/286 — Lohnvertrag vom 17. 4. 1989 — gültig ab 1. 5. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer der BUBIA Braunkohle GmbH.  
Tarifvertragsparteien:  
BUBIA Braunkohle GmbH, Borken, und IG Bergbau und Energie.
7. Nr. 309/337 — Tarifvertrag vom 18. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der IG Bergbau und Energie, Bochum.
8. Nr. 309/338 — Tarifvertrag vom 18. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
9. Nr. 309/339 — Tarifvertrag vom 18. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.  
Zu Nrn. 7. bis 9. betr. Arbeitnehmer der Erdöl- und Erdgas-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe (ausgenommen die Betriebe der Deutschen Shell AG, der Deutschen Texaco AG, der Esso AG und der Mobil Oil AG) im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 7. bis 9. Tarifvertragsparteien:  
Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V., Hannover, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
10. Nr. 408/241 — Manteltarifvertrag vom 7. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und gewerblich Auszubildenden.
11. Nr. 408/242 — Manteltarifvertrag vom 7. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Angestellten und Auszubildenden.  
Zu Nrn. 10. und 11. betr. Arbeitnehmer der feinkeramischen Industrie im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Zu Nrn. 10. und 11. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie e. V., Frankfurt am Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
12. Nr. 408/243 — Haustarifvertrag mit Entgeltvereinbarung vom 3. 7. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die Arbeitnehmer.
13. Nr. 408/244 — Protokollnotiz vom 21. 11. 1989 zum Haustarifvertrag mit Entgeltvereinbarung.  
Zu Nrn. 12. und 13. betr. Arbeitnehmer der DENTSPLY GmbH, Dreieich-Sprendlingen.  
Zu Nrn. 12. und 13. Tarifvertragsparteien:  
DENTSPLY GmbH, Dreieich-Sprendlingen, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.
14. Nr. 409/536 — Tarifvertrag vom 11. 5. 1989 — gültig ab 12. 5. 1989 — zur Ergänzung des Tarifvertrages über die vollkontinuierliche Arbeitsweise für die gewerblichen Arbeitnehmer.
15. Nr. 409/537 — Tarifvertrag vom 11. 5. 1989 — gültig ab 12. 5. 1989 — zur Ergänzung des Tarifvertrages über die vollkontinuierliche Arbeitsweise für die Angestellten.  
Zu Nrn. 14. und 15. betr. gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in Betrieben, die vollautomatisch Hohlglas bzw. optisches Rohglas erzeugen oder vollautomatisch Glasfaser herstellen im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 14. und 15. Tarifvertragsparteien:  
Verein der Glasindustrie e. V., München, und IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
16. Nr. 700/2387 — Tarifvertrag vom 23. 2. 1990 über die Durchführung der Sommerzeit in den Jahren 1990, 1991 und 1992, abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitungen Dortmund und Wuppertal.
17. Nr. 700/2388 — Tarifvertrag vom 23. 2. 1990 über die Durchführung der Sommerzeit in den Jahren 1990, 1991 und 1992, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen.  
Zu Nrn. 16. und 17. betr. Arbeitnehmer der Stahlindustrie in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen sowie der Werke Dillenburg und Niederschelden der Krupp Stahl AG und das Werk Wissen der Hoesch Stahl AG.  
Zu Nrn. 16. und 17. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
18. Nr. 809/225 — Entgelttarifvertrag vom 21. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer des ACE Auto Club Europa e. V. und seinen Gesellschaften.  
Tarifvertragsparteien:  
ACE Auto Club Europa e. V., Stuttgart, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.



19. **Nr. 1100/557** — Tarifvertrag vom 1. 3. 1990 — gültig ab 1. 7. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für akademisch gebildete Angestellte der chemischen Industrie im Bundesgebiet und Land Berlin.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Bundesarbeitgeberverband Chemie e. C., Wiesbaden, und Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie e. V., Köln; Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg; Marburger Bund, Köln, sowie IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover.
20. **Nr. 1100/558** — Tarifvertrag vom 2. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer der chemischen Industrie im Lande Hessen.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Tarifgemeinschaft von Arbeitgeberverbänden der Chemischen Industrie, Wiesbaden, und Tarifgemeinschaft der Christlichen Gewerkschaften in der Chemischen Industrie.
21. **Nr. 11021/392** — Haustarifvertrag vom 15. 12. 1989 — gültig ab 1. 7. 1990 — für die Arbeitnehmer der Clinico Infusionstechnik GmbH & Co. med. Kunststoffprodukte KG.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Firma Clinico Infusionstechnik GmbH & Co. med. Kunststoffprodukte KG, Bad Hersfeld, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.
22. **Nr. 1103c/402** — Entgelttarifvertrag vom 24. 11. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — für die Arbeitnehmer.
23. **Nr. 1103c/403** — Entgelttarifvertrag vom 24. 11. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — für die Arbeitnehmer.
24. **Nr. 1103c/404** — Urlaubsabkommen vom 24. 11. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer.  
 Zu Nrn. 22. bis 24. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Shell AG im Bundesgebiet.  
 Zu Nrn. 22. bis 24. Tarifvertragsparteien:  
 Deutsche Shell AG, Hamburg, und IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover.
25. **Nr. 1300/301** — Manteltarifvertrag mit Lohn- und Gehaltstabellen vom 10. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten der Firma BECO-Wellpappenwerk GmbH.  
 Tarifvertragsparteien:  
 BECO-Wellpappenwerk GmbH, Hasselroth, und Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Bonn.
26. **Nr. 1303/400** — Haustarifvertrag vom 12. 12. 1989 — gültig ab 21. 12. 1989/1. 1. 1990 — über Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer und Gehälter für die Angestellten der Firma Unionpack Industrielle Lohnverpackung GmbH & Co.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Firma Unionpack Industrielle Lohnverpackung GmbH & Co., Frankfurt am Main, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Verwaltungsstelle Darmstadt.
27. **Nr. 1303/401** — Lohntarifvertrag vom 9. 9. 1987 — gültig ab 1. 9. 1987 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
28. **Nr. 1303/402** — Gehaltstarifvertrag vom 9. 9. 1987 — gültig ab 1. 9. 1987 — für die Angestellten.
29. **Nr. 1303/403** — Tarifvertrag vom 9. 9. 1987 — gültig ab 1. 9. 1987 — über Vergütungen für Auszubildende.
30. **Nr. 1303/404** — Lohntarifvertrag vom 3. 10. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
31. **Nr. 1303/405** — Gehaltstarifvertrag vom 3. 10. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — für die Angestellten.
32. **Nr. 1303/406** — Tarifvertrag vom 3. 10. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — über Vergütungen für Auszubildende.  
 Zu Nrn. 27. bis 32. betr. Arbeitnehmer der Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- und Zubehör-Industrie im Bundesgebiet und Berlin (West).  
 Zu Nrn. 27. bis 32. Tarifvertragsparteien:  
 Verband Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- und Zubehör-Industrie e. V., Frankfurt am Main, und IG Medien-
- Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Hauptvorstand, Stuttgart.
33. **Nr. 1401b/35** — Entgelttarifvertrag vom 19. 4. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende des reprografischen Gewerbes im Bundesgebiet und Berlin (West).  
 Tarifvertragsparteien:  
 Fachverband Reprografie e. V., Düsseldorf, und IG Medien-Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Stuttgart.
34. **Nr. 1502/247** — Tarifvertrag vom 25. 9. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — Zusatzvereinbarung zum Manteltarifvertrag (Arbeitszeit) für die Angestellten der Lederwaren-, Kunststoffwaren-, Koffer- und Sportartikelindustrie im Bundesgebiet.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Bundesverband Lederwaren und Kunststoffserzeugnisse e. V., Offenbach am Main, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
35. **Nr. 1600/355** — Tarifvertrag vom 12. 12. 1989 — gültig ab 1. 7. 1980 — zur Änderung des Arbeitsplatzsicherungsabkommens (Verlängerung der Laufdauer) für die Arbeitnehmer der Gummiindustrie im Lande Hessen.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie e. V., Hannover, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.
36. **Nr. 1905a/63** — Protokollnotiz vom 30. 3. 1990 zum Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer des Fleischerhandwerks im Lande Hessen.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Fleischerverband, Landesinnungsverband Hessen, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar.
37. **Nr. 1905d/180** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1989 — gültig ab 24. 7. 1989 — über Schlachtlöhne für die Lohnschlächter der Frankfurter Fleischmarkt- und Verbundbetriebe Beteiligungsgesellschaft mbH.  
 Tarifvertragsparteien:  
 Fleischerinnung Frankfurt, Frankfurt am Main, Schlachthof, sowie Verein der Groß-Schlächter und Fleischgroßhändler in Hessen e. V., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
38. **Nr. 1905d/181** — Manteltarifvertrag vom 7. 7. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — für die Arbeitnehmer.
39. **Nr. 1905d/182** — Entgelttarifvertrag vom 7. 7. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.
40. **Nr. 1905d/183** — Tarifvertrag vom 7. 7. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer.
41. **Nr. 1905d/184** — Tarifvertrag vom 7. 7. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über die Zahlung einer Sonderzahlung/Weihnachtsgratifikation für die Arbeitnehmer.
42. **Nr. 1905d/185** — Tarifvertrag vom 7. 7. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — zum Manteltarifvertrag (§ 12 — Urlaubskassenverein) für die Arbeitnehmer.
43. **Nr. 1905d/186** — Protokollnotiz vom 7. 7. 1989 — zu den Tarifverträgen für die Arbeitnehmer.
44. **Nr. 1905d/187** — Protokollnotiz vom 7. 7. 1989 zum Entgelttarifvertrag für die Arbeitnehmer.  
 Zu Nrn. 38. bis 44. betr. Arbeitnehmer der Betriebe der Heinz Klein Fleischwarengesellschaft mbH im Bundesgebiet und Berlin (West).  
 Zu Nrn. 38. bis 44. Tarifvertragsparteien:  
 AHD Unternehmervereinigung für Arbeitsbedingungen im Handel und Dienstleistungsgewerbe e. V., Saarbrücken, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.

45. **Nr. 1909a/196, 1913/257** — Entgelttarifvertrag vom 18. 4. 1990 — gültig ab 1. 2. 1990 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie sowie der Essig- und Senfindustrie in den Ländern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.  
Tarifvertragsparteien:  
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß, Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
46. **Nr. 1912/419** — Tarifvertrag vom 16. 5. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — über Monatsvergütungen für die Arbeitnehmer der Firma Brauerei A. Helbig KG, Weilburg/Oberlahn.  
Tarifvertragsparteien:  
Firma Brauerei A. Helbig KG, Weilburg/Oberlahn, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
47. **Nr. 1913/256** — Entgelttarifvertrag vom 13. 2. 1990 — gültig ab 1. 3. 1990 — für die Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende der Weinbrennereien und Spirituosenhersteller im Lande Hessen.
48. **Nr. 1913b/111** — Entgelttarifvertrag vom 13. 2. 1990 — gültig ab 1. 8. 1990 — für die Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende der Sektkellereien im Lande Hessen.
49. **Nr. 1913i/235** — Manteltarifvertrag vom 13. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer der Mineralbrunnen, Erfrischungsgetränke-Industrie, Mineralwasser-, Erfrischungsgetränke- und Bierhandlungen, Sektkellereien, Weinbrennereien, Spirituosenhersteller und Weinkellereien im Lande Hessen.
50. **Nr. 1913i/236** — Entgelttarifvertrag vom 13. 2. 1990 — gültig ab 1. 3. 1990 — für die Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende der Mineralbrunnen im Lande Hessen.
51. **Nr. 1913i/237** — Entgelttarifvertrag vom 13. 2. 1990 — gültig ab 1. 11. 1990 — für die Erfrischungsgetränke-Industrie sowie Erfrischungsgetränke- und Bierhandlungen im Lande Hessen.  
Zu Nrn. 47. bis 51. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß, Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
52. **Nr. 2100/1452** — Tarifvertrag vom 22. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — über die Aufteilung des an die tariflichen Sozialkassen des Baugewerbes abzuführenden Gesamtbetrages für die Arbeitnehmer des Baugewerbes im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Tarifvertragsparteien:  
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Wiesbaden, und IG Bau-Steine-Erden, Frankfurt am Main.
53. **Nr. 2100/1453** — Lohntarifvertrag vom 30. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
54. **Nr. 2100/1454** — Tarifvertrag vom 30. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer.
55. **Nr. 2100/1455** — Tarifvertrag vom 6. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer.
56. **Nr. 2100/1456** — Tarifvertrag vom 6. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für den Urlaub.  
Zu Nrn. 53. bis 56. betr. Arbeitnehmer des Naßbaggergewerbes im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Zu Nrn. 53. bis 56. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigung der Naßbaggerunternehmungen e. V., Hamburg, und IG Bau-Steine-Erden, Bundesvorstand, Frankfurt am Main.
57. **Nr. 2001b/65** — Lohntarifvertrag vom 8. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
58. **Nr. 2001b/66** — Tarifvertrag vom 8. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über Vergütungen für Auszubildende.  
Zu Nrn. 57. und 58. betr. gewerbliche Arbeitnehmer und Auszubildende des Damenschneiderhandwerks in den Ländern Baden-Württemberg, Hessen sowie für den Bereich der Damenschneiderinnung Alzey, Bingen, Worms und Mainz.  
Zu Nrn. 57. und 58. Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband Baden-Württemberg des Damenschneiderhandwerks, Landesinnungsverband des Damenschneider-Handwerks Hessen, Damenschneider-Innung-Worms, sowie Damenschneider-Innung-Mainz, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
59. **Nr. 2102m/139** — Gehaltstarifvertrag vom 19. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Angestellten der Sozialkasse sowie der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Sozialkasse und Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes und IG Bau-Steine-Erden, Landesverband Hessen.
60. **Nr. 2203/316** — Tarifvertrag vom 4. 4. 1989 — gültig ab 1. 1. 1986 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages (Verlängerung der Laufdauer) für die Arbeitnehmer.
61. **Nr. 2203/317** — Tarifvertrag vom 4. 4. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — über Tabellenvergütungen und Ausbildungsvergütungen.  
Zu Nrn. 60. und 61. betr. Arbeitnehmer der energiewirtschaftlichen Unternehmen im Lande Hessen.  
Zu Nrn. 60. und 61. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hannover, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt am Main.
62. **Nr. 2500/678** — Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 (3) Betriebsverfassungsgesetz vom 26. 1. 1990 — gültig ab 28. 2. 1990 — für die Arbeitnehmer der Neckermann Versand AG im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Tarifvertragsparteien:  
Neckermann Versand AG, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
63. **Nr. 2500/679** — Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 (3) Betriebsverfassungsgesetz vom 9. 8. 1989/21. 8. 1989 — gültig ab 21. 12. 1989 — für die Arbeitnehmer der Betriebsstätten der Firma St. Michael Drogerien GmbH in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Berlin (West).  
Tarifvertragsparteien:  
Firma St. Michael Drogerien GmbH, Göttingen, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
64. **Nr. 2500/680** — Tarifvertrag vom 20. 3. 1990 — gültig ab 1. 4. 1990 — über Regelungen zum Dienstleistungsabend für die Arbeitnehmer der Massa AG im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Massa AG und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.
65. **Nr. 2500/681** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 5. 6. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — für die Arbeitnehmer der binnenländischen Großhandelsorganisationen der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH.
66. **Nr. 2500/682** — Rahmentarifvertrag vom 7. 6. 1989/12. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die Arbeitnehmer der Einzelhandelsorganisation der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH.
67. **Nr. 2500/683** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 17. 4. 1989/27. 4. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — für die Arbeitnehmer der Einzelhandelsorganisation der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH.
68. **Nr. 2500/684** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 11. 4. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — für die Arbeitnehmer der Restaurantorganisation der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH.



69. **Nr. 2500/685** — Tarifvertrag vom 11. 4. 1989/28. 4. 1989 — über eine Prämienregelung für Restaurantleiter.
70. **Nr. 2500/686** — Tarifvertrag vom 17. 4. 1989/28. 4. 1989 — über eine Prämienregelung für Filialleiter der Einzelhandelsorganisation der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH.  
Zu Nrn. 65. bis 70. betr. Arbeitnehmer der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 65. bis 70. Tarifvertragsparteien:  
„Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH, Bremerhaven, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
71. **Nr. 2506a/26** — Gehaltstarifvertrag vom 10. 5. 1990 — gültig ab 1. 5. 1990 — für Apotheker, Apothekerassistenten, pharmazeutisch-technische Assistenten, Auszubildende als Pharmaziepraktikanten, PTA-Praktikanten und Apothekenhelfer in öffentlichen Apotheken im Bundesgebiet und Berlin.  
Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft der Apothekenleiter und Bundesverband der Angestellten in Apotheken.
72. **Nr. 2601/412** — Gehaltstarifvertrag vom 20. 11. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für Redakteur/innen der Agence France-Presse GmbH im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Agence France-Presse GmbH, Bonn, und IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Hauptvorstand, Stuttgart.
73. **Nr. 2601/413** — Gehaltstarifvertrag vom 29. 11. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer.
74. **Nr. 2601/414** — Urlaubsgeldtarifvertrag vom 1. 12. 1988 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer.  
Zu Nrn. 73. und 74. betr. Arbeitnehmer der REUTERS AG im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 73. und 74. Tarifvertragsparteien:  
REUTERS AG, Frankfurt am Main, und Deutscher Journalistenverband e. V., Bonn, sowie IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Stuttgart.
75. **Nr. 2601/415** — Gehaltstarifvertrag vom 27. 6. 1989 — gültig ab 1. 5. 1989 — für Redakteure und Redaktionsvolontäre.
76. **Nr. 2601/416** — Tarifvertrag vom 27. 6. 1989 — gültig ab 1. 5. 1989 — für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten.  
Zu Nrn. 75. und 76. betr. Redakteure und Redaktionsvolontäre sowie arbeitnehmerähnliche freie Journalisten an Tageszeitungen im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Zu Nrn. 75. und 76. Tarifvertragsparteien:  
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Berufsgruppe Kunst und Medien.
77. **Nr. 2603d/22** — Tarifvertrag vom 15. 1. 1990 — gültig ab 1. 3. 1990 — zur Ergänzung des Gehalts- und Lohnstarifvertrages sowie zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer der Deutschen Eisenbahn-Reklame GmbH im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Eisenbahn-Reklame GmbH, Kassel, und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt am Main.
78. **Nr. 2603b/280** — Vergütungstarifvertrag vom 7. 7. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Auszubildenden der Wohnungswirtschaft im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Wohnungswirtschaft e. V., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie IG Bau-Steine-Erden, Bundesvorstand, Frankfurt am Main.
79. **Nr. 2603g/199** — Gehaltstarifvertrag vom 28. 6. 1989 — gültig ab 1. 6. 1989 — für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
80. **Nr. 2603g/200** — Tarifvertrag vom 5. 4. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer.
81. **Nr. 2603g/201** — Gehaltstarifvertrag vom 28. 6. 1989 — gültig ab 1. 6. 1989 — für die Arbeitnehmer.
82. **Nr. 2603g/202** — Tarifvertrag vom 28. 6. 1989 — gültig ab 1. 6. 1989 — über Vergütungen für Auszubildende.  
Zu Nrn. 80. bis 82. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.  
Zu Nrn. 79. bis 82. betr. Arbeitnehmer der privaten Reisebürobetriebe im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 79. bis 82. Tarifvertragsparteien:  
Deutscher Reisebüro-Verband e. V., Frankfurt am Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
83. **Nr. 2606d/32** — Gehalts- und Lohnstarifvertrag Nr. 4 vom 29. 8. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
84. **Nr. 2606d/34** — Tarifvertrag vom 21. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über die Entlohnungsgrundsätze und besondere Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Forstwirtschaft.  
Zu Nrn. 83. und 84. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
85. **Nr. 2606d/33** — Gehalts- und Lohnstarifvertrag Nr. 4 vom 29. 8. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
86. **Nr. 2606d/35** — Tarifvertrag vom 21. 2. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über die Entlohnungsgrundsätze und besondere Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Forstwirtschaft.  
Zu Nrn. 85. und 86. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.  
Zu Nrn. 83. bis 86. betr. Arbeitnehmer der Hauptverwaltung, der Liegenschaftsverwaltungen, der Zweigniederlassung Berlin und den Betrieb Etzel im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Zu Nrn. 83. bis 86. Tarifvertragsparteien:  
Industrieverwaltungsgesellschaft AG, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
87. **Nr. 2701/1018** — Tarifvertrag vom 7. 3. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.
88. **Nr. 2701/1019** — Tarifvertrag vom 6. 3. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand.  
Zu Nrn. 87. und 88. betr. Arbeitnehmer der Sparda-Banken, Eisenbahn-Spar- und Darlehnsbanken im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 87. und 88. Tarifvertragsparteien:  
Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
89. **Nr. 2701/1017** — Tarifvertrag vom 6. 3. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages.
90. **Nr. 2701/1020** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages.
91. **Nr. 2701/1021** — Gehaltstarifvertrag vom 15. 11. 1989 — gültig ab 1. 11. 1989 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
92. **Nr. 2701/1022** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1989 — zur Änderung des Vorruhestands-Tarifvertrages.
93. **Nr. 2701/1023** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1989 — zur Änderung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen.  
Zu Nrn. 89. bis 93. betr. Arbeitnehmer der Sparda-Banken, Eisenbahn-Spar- und Darlehnsbanken im Bundesgebiet.

- Zu Nrn. 89. bis 93. Tarifvertragsparteien:  
Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf.
94. **Nr. 2701/1024** — Tarifvertrag vom 15. 9. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — über Mantelbestimmungen für die Arbeitnehmer der Allgemeinen Hypothekenbank AG, Frankfurt am Main.  
Tarifvertragsparteien:  
Allgemeine Frankfurter Hypothekenbank AG, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main.
95. **Nr. 2701/1025** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages.
96. **Nr. 2701/1026** — Gehaltstarifvertrag vom 15. 11. 1989 — gültig ab 1. 11. 1989 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
97. **Nr. 2701/1027** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1989 — zur Änderung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen.
98. **Nr. 2701/1028** — Tarifvertrag vom 15. 11. 1989 zur Änderung des Vorruhestands-Tarifvertrages.  
Zu Nrn. 95. bis 98. betr. Arbeitnehmer der Kreditgenossenschaften mit mehr als 4 Arbeitnehmern sowie genossenschaftlichen Zentralbanken im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 95. bis 98. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Deutschen Bankenangestellten-Verband e. V., Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
99. **Nr. 2701/133** — Tarifvertrag vom 15. 12. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989/1. 10. 1989 — zur Änderung des Tronc- und Gehaltstarifvertrages sowie des Manteltarifvertrages.
100. **Nr. 2701/134** — Protokollnotiz vom 15. 12. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — zur Regelung der Arbeitszeit.
101. **Nr. 2701/135** — Protokollnotiz vom 15. 12. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — zum Manteltarifvertrag sowie Tronc- und Gehaltstarifvertrag.  
Zu Nrn. 99. bis 101. betr. Arbeitnehmer der Spielbank Wiesbaden, Neuland KG.  
Zu Nrn. 99. bis 101. Tarifvertragsparteien:  
Spielbank Wiesbaden, Neuland KG, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen.
102. **Nr. 2702a/730** — Gehaltstarifvertrag vom 12. 5. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
103. **Nr. 2702a/731** — Protokollnotiz vom 12. 5. 1989 zu § 3 Ziffer 6 des Manteltarifvertrages.  
Zu Nrn. 102. und 103. betr. Arbeitnehmer des privaten Versicherungsgewerbes im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 102. und 103. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
104. **Nr. 2702a/732** — Tarifvertrag vom 1. 6. 1989 — Übernahme von Tarifverträgen durch die KATHARINA Lebensversicherung AG.
105. **Nr. 2702a/733** — Tarifvertrag vom 17. 7. 1989 zur Änderung des Manteltarifvertrages Teil A.
106. **Nr. 2702a/734** — Protokollnotiz vom 23. 1. 1989 für die Berechnung von Leistungen für Teilzeitbeschäftigte bei der vorgezogenen Pensionierung.  
Zu Nrn. 104. bis 106. betr. Arbeitnehmer der Gesellschaften der Volksfürsorge im Bundesgebiet.
- Zu Nrn. 104. bis 106. Tarifvertragsparteien:  
Volksfürsorge Deutsche Lebensversicherung AG und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
107. **Nr. 2702a/735** — Tarifvertrag vom 11. 9. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages sowie des Gehaltstarifvertrages.
108. **Nr. 2702a/736** — Gehaltstarifvertrag vom 11. 9. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.  
Zu Nrn. 107. und 108. betr. Arbeitnehmer des Versicherungsvermittlungsgewerbes im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 107. und 108. Tarifvertragsparteien:  
Bundesverband der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz e. V., Köln, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
109. **Nr. 2702a/737** — Tarifvertrag vom 12. 5. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages sowie des Gehaltstarifvertrages für die Arbeitnehmer des privaten Versicherungsgewerbes im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.
110. **Nr. 2702c-1/795** — Monatslohn-Tarifvertrag Nr. 18 vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
111. **Nr. 2702c-1/796** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die Lohnempfänger.
112. **Nr. 2702c-1/797** — Tarifvertrag vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 — zur Änderung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen an Lohnempfänger.
113. **Nr. 2702c-1/798** — Änderungstarifvertrag Nr. 6 vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Lohnempfänger.
114. **Nr. 2702c-1/799** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für die Lohnempfänger.
115. **Nr. 2702c-1/800** — 18. Änderungstarifvertrag vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer.
116. **Nr. 2702c-1/801** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 28. 10. 1986 — gültig ab 1. 1. 1987 — zum Manteltarifvertrag für Auszubildende.
117. **Nr. 2702c-1/802** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 13 vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —, für die Auszubildenden.
118. **Nr. 2702c-1/803** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 8. 6. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — für Auszubildende für den Beruf des Sozialversicherungsfachangestellten.
119. **Nr. 2702c-1/804** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Tarifvertrag über eine Zuwendung an Auszubildende.  
Zu Nrn. 110. bis 119. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
120. **Nr. 2702c-1/805** — 61. Tarifvertrag vom 10. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung des BAT/OKK für die Angestellten, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.  
Zu Nrn. 110. bis 120. betr. Arbeitnehmer der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 110. bis 120. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
121. **Nr. 2702c-2/480** — Tarifvertrag vom 10. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung des BAT/IKK für die Angestellten.
122. **Nr. 2702c-2/481** — Tarifvertrag vom 30. 6. 1989 — gültig ab 1. 8. 1989 — zur Änderung des BAT/IKK für die Angestellten.

- Zu Nrn. 121. und 122. betr. Arbeitnehmer der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 121. und 122. Tarifvertragsparteien:  
Bundesverband der Innungskrankenkassen und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
123. Nr. 2702c-5/588 — Anschlußtarifvertrag vom 11. 10. 1988 zum 50. Tarifvertrag zur Änderung des Knappschafts-Angestelltentarifvertrages für die Arbeitnehmer der Knappschaften im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Bundeskknappschaft und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
124. Nr. 2802/375 — Lohntarifvertrag vom 13. 6. 1989 — gültig ab 1. 6. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
125. Nr. 2802/374 — Änderungstarifvertrag vom 13. 6. 1989 zum Rahmentarifvertrag (Geltungsbereich).  
Zu Nrn. 124. und 125. betr. gewerbliche Arbeitnehmer des Taucherei- und Bergungsgewerbes im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Zu Nrn. 124. und 125. Tarifvertragsparteien:  
Verband Deutscher Taucherei- und Bergungsbetriebe e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
126. Nr. 2804/790 — Tarifvertrag Nr. 113 vom 22. 6. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten, abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, sowie Bezirksverwaltung Berlin, und IG Druck und Papier, Hauptvorstand, sowie Landesbezirksvorstand Berlin.
127. Nr. 2804/801 — Tarifvertrag Nr. 115 vom 20. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989/1. 4. 1989/1. 7. 1989 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter, abgeschlossen mit der IG Druck und Papier, Hauptvorstand, sowie Landesbezirksvorstand Berlin, der IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Hauptvorstand, sowie Landesbezirksvorstand Berlin und der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, sowie Bezirksverwaltung Berlin.  
Zu Nrn. 126. und 127. betr. Arbeitnehmer der Bundesdruckerei in Berlin, Neu-Isenburg und Bonn.  
Zu Nrn. 126. und 127. Tarifvertragsparteien:  
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
128. Nr. 2804/791 — Tarifvertrag Nr. 389 vom 8. 11. 1988 — gültig ab 1. 10. 1990 — zur Änderung des Tarifvertrages für die Arbeiter.
129. Nr. 2804/792 — Tarifvertrag Nr. 390 vom 18. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung der Tarifverträge für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden.
130. Nr. 2804/793 — Tarifvertrag Nr. 391 vom 9. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1986/1. 1. 1988/1. 1. 1989 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer.
131. Nr. 2804/794 — Tarifvertrag Nr. 392 vom 10. 3. 1989 — gültig ab 1. 5. 1989/1. 1. 1990 — zur Änderung der Tarifverträge für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden.
132. Nr. 2804/795 — Tarifvertrag Nr. 393 vom 9. 6. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages Nr. 356 für Post-Betriebsärzte.  
Zu Nrn. 128. bis 132. abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand.
133. Nr. 2804/796 — Tarifvertrag Nr. 389 vom 14. 11. 1988 — gültig ab 1. 10. 1989 — zur Änderung des Tarifvertrages für die Arbeiter.
134. Nr. 2804/797 — Tarifvertrag Nr. 390 vom 25. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung der Tarifverträge für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden.
135. Nr. 2804/798 — Tarifvertrag Nr. 391 vom 10. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1986/1. 1. 1988/1. 1. 1989 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer.
136. Nr. 2804/799 — Tarifvertrag Nr. 392 vom 14. 3. 1989 — gültig ab 1. 5. 1989/1. 1. 1990 — zur Änderung der Tarifverträge für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden.
137. Nr. 2804/800 — Tarifvertrag Nr. 393 vom 12. 6. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — zur Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages Nr. 356 für Postbetriebsärzte.  
Zu Nrn. 133. bis 137. abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Bundeshauptvorstand, sowie der Christlich-demokratischen Postgewerkschaft, Hauptvorstand.  
Zu Nrn. 128. bis 137. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 128. bis 137. Tarifvertragsparteien:  
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
138. Nr. 2805/632 — Tarifvertrag Nr. 4/1988 vom 19. 9. 1988 — gültig ab 1. 9. 1988 — zum Lohntarifvertrag für die Arbeiter.
139. Nr. 2805/633 — Tarifvertrag Nr. 1/1989 vom 31. 1. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 zur Änderung von Tarifverträgen für die Arbeitnehmer.  
Zu Nrn. 138. und 139. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbahn im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 138. und 139. Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Bundesbahn und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand.
140. Nr. 2806a/843 — Tarifvertrag Nr. 1335 vom 20. 4. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989/1. 6. 1989/1. 1. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
141. Nr. 2806a/844 — Tarifvertrag Nr. 1336 vom 20. 4. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989/1. 6. 1989/1. 1. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand.
142. Nr. 2806a/845 — Tarifvertrag Nr. 1337 vom 16. 5. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989/1. 6. 1989/1. 1. 1990 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner.  
Zu Nrn. 140. bis 142. betr. Arbeitnehmer der Privateisenbahnen im Bundesgebiet.  
Zu Nrn. 140. bis 142. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
143. Nr. 2807b/122 — Tarifvertrag vom 15. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des Lohntarifvertrages.
144. Nr. 2807b/123 — Tarifvertrag vom 15. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des Gehaltstarifvertrages.
145. Nr. 2807b/124 — Tarifvertrag vom 15. 6. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des Ausbildungsvergütungstarifvertrages.  
Zu Nrn. 143. bis 145. betr. Arbeitnehmer des privaten Personenverkehrs mit Omnibussen im Lande Hessen.  
Zu Nrn. 143. bis 145. Tarifvertragsparteien:  
Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer e. V., Gießen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt am Main.
146. Nr. 2808/1086 — Manteltarifvertrag vom 18. 9. 1989 — gültig ab 1. 4. 1990 — für das Bordpersonal.
147. Nr. 2808/1087 — Vergütungstarifvertrag vom 18. 9. 1989 — gültig ab 1. 4. 1990 — für das Bordpersonal.  
Zu Nrn. 146. und 147. betr. das Bordpersonal der Südflug — Süddeutsche Fluggesellschaft mbH im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Zu Nrn. 146. und 147. Tarifvertragsparteien:  
Südflug — Süddeutsche Fluggesellschaft mbH und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

148. **Nr. 2808/1088** — Vergütungstarifvertrag Nr. 5 vom 18. 5. 1989 — gültig ab 1. 10. 1989 — für das Bordpersonal der AERO LLOYD Flugreisen GmbH & Co. Luftverkehrs-KG im Bundesgebiet und Berlin (West).  
Tarifvertragsparteien:  
AERO LLOYD Flugreisen GmbH & Co. Luftverkehrs-AG und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
149. **Nr. 3001/4003** — Tarifvertrag Nr. 571 vom 15. 2. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — zur Wiederinkraftsetzung des Zusatztarifvertrages Nr. 3 zum BAT für die Hausmeister.
150. **Nr. 3001/4004** — Tarifvertrag Nr. 572 vom 15. 2. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989 — über Sonderregelungen für Arbeiter als Schulhausmeister — Zusatztarifvertrag Nr. II/20 zum BMT-G II.
151. **Nr. 3001/4005** — Tarifvertrag Nr. 573 vom 28. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1988 — zur Änderung des HLT für die Arbeiter. Zu Nrn. 149. bis 151. betr. Arbeitnehmer der gemeindlichen Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen.
152. **Nr. 3001/4006** — Tarifvertrag Nr. 574 vom 14. 7. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — zur Änderung der Sonderregelungen für Angestellte der Flughafen Frankfurt/Main AG.
153. **Nr. 3001/4007** — Tarifvertrag Nr. 575 vom 14. 7. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — über Sonderregelungen für die Angestellten im Feuerwehrdienst der Flughafen Frankfurt/Main AG.  
Zu Nrn. 149. bis 154. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
154. **Nr. 3001/4008** — Tarifvertrag Nr. 581 vom 28. 12. 1989 — gültig ab 1. 9. 1989 — zur Änderung der Sonderregelung für die Angestellten im Feuerwehrdienst der Flughafen Frankfurt/Main AG.  
Zu Nrn. 149. bis 154. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
155. **Nr. 3001d/254** — Entgelttarifvertrag vom 28. 2. 1990 — gültig ab 1. 10. 1989 — für die Arbeitnehmer des Bildungszentrums Oberjosbach.  
Tarifvertragsparteien:  
Verein „Bildung und Beruf e. V.“, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar.
156. **Nr. 3001d/255** — Tarifvertrag vom 15. 9. 1989 — gültig ab 1. 4. 1989/1. 1. 1990 — 13. Änderungstarifvertrag zum Gehaltstarifvertrag, Manteltarifvertrag und zur Einführung des Tarifvertrages für nebenberuflich Beschäftigte für die Arbeitnehmer des Berufsbildungswerkes Gemeinnützige Bildungseinrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH.  
Tarifvertragsparteien:  
Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Erkrath, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
157. **Nr. 3001d/256** — Manteltarifvertrag vom 1. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer der Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH.  
Tarifvertragsparteien:  
Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Düsseldorf, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
158. **Nr. 3001d/257** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 19. 6. 1989 — gültig ab 1. 3. 1988 — zum Übernahmetarifvertrag (Eigenmittel) für die Angestellten.
159. **Nr. 3001d/258** — Tarifvertrag vom 27. 10. 1989 — gültig ab 1. 7. 1989 — über die Eingruppierung von Angestellten. Zu Nrn. 158. und 159. betr. Angestellte an den Inlandsinstituten des Goethe-Instituts.  
Zu Nrn. 158. und 159. Tarifvertragsparteien:  
Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e. V., und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand.
160. **Nr. 3002a/716** — Hessischer Lohn- und Vergütungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — für die Arbeiter und Angestellten.
161. **Nr. 3002a/717** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 3 vom 13. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 —.
162. **Nr. 3002a/718** — Tarifvertrag vom 13. 3. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — über ein Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer.
163. **Nr. 3002a/719** — Hessischer Lohn- und Vergütungstarifvertrag Nr. 2 vom 12. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeiter und Angestellten.
164. **Nr. 3002a/720** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 12. 12. 1989 — gültig ab 1. 1. 1990 —.  
Zu Nrn. 160. bis 164. betr. Arbeitnehmer der Privatkrankenanstalten im Lande Hessen.  
Zu Nrn. 160. bis 164. Tarifvertragsparteien:  
Verband der Privatkrankenanstalten Hessen e. V., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
165. **Nr. 3002a/721** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 31. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990/1. 3. 1990 — zum Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer.
166. **Nr. 3002a/722** — Tarifvertrag vom 31. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über eine Zulage zur individuellen Altersversorgung für die Arbeitnehmer.
167. **Nr. 3002a/723** — Tarifvertrag vom 31. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über den Einbau von Zulagen in die Vergütungen und über die Aufhebung des Tarifvertrages über allgemeine Zulagen für die Arbeitnehmer.
168. **Nr. 3002a/724** — Vergütungstarifvertrag vom 31. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — für die Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.
169. **Nr. 3002a/725** — Tarifvertrag vom 31. 1. 1990 — gültig ab 1. 1. 1990 — über die Ergebnisbeteiligung der Arbeitnehmer. Zu Nrn. 165. bis 169. betr. Arbeitnehmer der Stiftung Deutsche Klinik für Diagnostik GmbH.  
Zu Nrn. 165. bis 169. Tarifvertragsparteien:  
Stiftung Deutsche Klinik für Diagnostik GmbH, Wiesbaden, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt am Main.
170. **Nr. 3004/894** — Sechzehnter Tarifvertrag zur Durchführung des § 55 des Tarifvertrages für die Musiker in Kulturorchestern vom 9. 5. 1988 — gültig ab 1. 3. 1988 —.
171. **Nr. 3004/895** — Änderungstarifvertrag Nr. 10 zum Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern vom 5. 10. 1988 — gültig für den Beginn der Spielzeit 1989/90.
172. **Nr. 3004/896** — Änderungstarifvertrag Nr. 3 zum Tarifvertrag über die Bildung und die Aufgaben des Orchestervorstandes vom 5. 10. 1988 — gültig für den Beginn der Spielzeit 1989/90. Zu Nrn. 170. bis 172. betr. Musiker in Kulturorchestern im Bundesgebiet und Land Berlin.  
Zu Nrn. 170. bis 172. Tarifvertragsparteien:  
Deutscher Bühnenverein-Bundesverband deutscher Theater, Köln, und Deutsche Orchestervereinigung e. V. in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
173. **Nr. 3100/52** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 9. 4. 1990 — gültig ab 1. 4. 1990 — für die Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende in Privathaushalten in den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland.  
Tarifvertragsparteien:  
Deutscher Hausfrauenbund e. V., Berufsverband der Hausfrau, Landesverbände Rheinland-Pfalz Süd, Rheinland-Pfalz Nord und Hessen e. V.

Exemplare von Tarifverträgen sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 12. Juni 1990

Hessisches Sozialministerium  
I A 3 — 55 e — 3607

StAnz. 27/1990 S. 1278

636

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

### Geschäftsordnung des Hessischen Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung

Bezug: Erlasse des seinerzeitigen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten vom 19. Januar 1979 (StAnz. S. 273) und 27. April 1979 (StAnz. S. 1034)

Die mit meinem Erlaß vom 19. Januar 1979 veröffentlichte und durch Erlaß vom 27. April 1979 geänderte Geschäftsordnung des Hessischen Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und

Landentwicklung vom 15. Dezember 1978 wird hiermit neu in Kraft gesetzt.

Wiesbaden, 10. Juni 1990

**Hessisches Ministerium  
für Landwirtschaft, Forsten  
und Naturschutz**  
I B 1 — 7 d 04.11 — 601/90  
— Gült.-Verz. 80 —

*StAnz. 27/1990 S. 1285*

637

## PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

### C. im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeimeister (BaP) Rüdiger Amstutz (4. 5. 90), Michael Kolb (20. 5. 90), Oliver Fünk (31. 5. 90), die Polizeiobermeister (BaP) Matthias Fischer (4. 5. 90), Wilhelm Rainer Paul (7. 5. 90), Ronald Braun (10. 5. 90), Thomas Pratz (15. 5. 90), Ulrich Bauer (17. 5. 90), Uwe Heinz Nickel (19. 5. 90), Klaus Pfude (22. 5. 90), Georg Josef Pruy (28. 5. 90).

Frankfurt am Main, 8. Juni 1990

**Polizeipräsidium Frankfurt am Main**  
P III/3 Oe/Ho/Roe

*StAnz. 27/1990 S. 1285*

### F. im Bereich des Hessischen Kultusministeriums an den Gymnasien und Gesamtschulen mit Sekundarstufe I und II des Regierungsbezirks Kassel

ernannt:

zum **Oberstudiendirektor als Leiter eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern** Studiendirektor als Leiter eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern (BaL) Dieter Wassmuth, Bad Wildungen (29. 11. 89);

zum **Studiendirektor als Leiter eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern** Oberstudienrat (BaL) Dr. Rudolf Summa, Hünfeld (30. 10. 89);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Klaus-Dieter Bischof, Fulda (9. 11. 89), Dr. Fritz Krappe, Hartmut Weber, beide Kassel (beide 29. 11. 89), Karl-Joachim Jacobi, Fritzlar (27. 4. 90), Gerd Hupfeld, Eschwege, Wilfried Schlosser, Fulda (beide 30. 4. 90);

zum **Oberstudienrat Studiendirektor als Leiter einer gymnasialen Oberstufe an einer Gesamtschule** (BaL) Otto Langner, Sontra (1. 2. 90);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Reinhard Hagemann, Korbach; Anna-Luise Hornschu-Danapel, Arolsen, Bernd Zimmermann, Bad Wildungen, Sabine Corniti, Dr. Hans-Otto Unbehau, Dr. Karl-Heinz Mehner, sämtlich Fulda, Günter Haase, Sabine Lutter, beide Frankenberg, Bodo E. Weyer, Kassel (sämtlich 1. 10. 89), Claus Caspritz, Kaufungen (2. 10. 89), Rainer Schröter, Kassel (6. 10. 89), Willi Ritter, Hess. Lichtenau (9. 10. 89), Joachim Enders, Rüdiger Sommer, beide Fulda, Helmut Rathke, Reinhard Mauerhoff, beide Bad Hersfeld, Heinz Jürgen Elend, Sontra (sämtlich 11. 10. 89), Hubert Will, Fulda, Ursula Marx, Emstal (beide 12. 10. 89), Ulrike Gies, Marie-Luise Kluckhohn, beide Fulda, Reinhold Brandt, Kassel, Friedegard Schaub, Rotenburg, Heinrich Stiebing, Bad Hersfeld (sämtlich 13. 10. 89), Joachim Bätz, Melsungen (16. 10. 89), Gerhard Birg, Großalmerode, Karl Ries, Frank Möller, beide Willingshausen, Hermann Armbrust, Horst Pfeiffer, beide Zwesten, Gottfried Elsas, Jürgen Fischer, beide Kassel (sämtlich 18. 10. 89); Manfred Busse, Kassel (19. 10. 89), Wiebke Schäfer-Bruhn, Kassel (23. 10. 89), Uta-Maria May, Schwalmstadt (24. 10. 89), Dietmar Köhler, Brigitte Füller-Jerwin, Neuhaus (beide 25. 10. 89), Günther Grauel, Gudensberg (29. 10. 89), Wilfried Janssen, Inge Hallaschka,

Georg Schomburg, sämtlich Kassel (sämtlich 30. 10. 89), Friedrich Handtke, Homberg, Annegret Letz, Kassel (beide 31. 10. 89), Michael Huke, Hofgeismar (23. 4. 90);

zum **Studienrat** Fachlehrer (BaL) Manfred Suck, Großalmerode (1. 4. 90);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Peter Frisch, Borken (19. 10. 89), Luzia Rose, Bad Wildungen, Cornelia Bothe, Fulda (beide 1. 2. 90), Klaus Tepp, Kassel (15. 2. 90), Stephan-Josef Schmitt, Kassel (16. 3. 90);

zum **Studienrat z. A. (BaP)** Angestellter Günter Unnerstall, Kassel (26. 1. 90);

zum/zur **Studienrat/rätin z. A. (BaP)** Bewerber/in Ulrike Tegethoff, Kassel (29. 9. 89), Klaus Amlung, Witzenhausen (1. 2. 90);

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Sabine Berkefeld, Annette Bildhauer, Hardy Deppe, Christine Gora, Ellen Grögel-Porps, Jörg Hapke, Frank Hartmann, Carmen Helfenritter, Brigitte Hofmann, Christian Holz, Doris Horch, Elke Kley, Petra König, Bettina Krauss, Ulrike Kügler, Reintraut Kuhn, Burkhard Lutz, Peter Postler, Gert Ravensburg, Hans-Joachim Schwietering, Frank Tasler, Katharina Vagt, Martin Weinreich, Sabine Wiegand, sämtlich Studienseminar Kassel I für das Lehramt an Gymnasien, Uwe Brockhaus, Patricia Cewe, Thomas Damm, Ulrike von Fritschen, Dagmar Hans, Anke Hardt, Ingrid Heiligtag, Heike Klossack-Pusch, Birgit Krause-Reinfeldt, Elisabeth-Dorothee Kruse, Anette Leber, Marion Leonhardt, Ute Mitze, Ilona Osan-Ax, Maria Rehborn, Dr. Esther Sauer, Heike Schulz, Ingo Stiegemeyer, Elfriede Stiller, Jürgen Styrsa, Rolf Harald Woelling, sämtlich Studienseminar Kassel II für das Lehramt an Gymnasien, Ilse Braun, Wulfhardt Dewald, Matthias Engelhardt, Birgit Ernst, Susanne Gerber, Bettina Haese, Holger Hesselmann, Frank von Hof, Helmut Hopf, Stefanie Jüngling, Sabine Jung, Michael Klüppel, Elke Liebig, Ewald Manz, Ralf Meurer, Anneliese Mikler-Höppner, Michael Quell, Jörg Rohde, Gerrit Ruwe, Volker Seumer, Günther Steinmetz, Dietmar Stopp, Sabine Wigard, Christel Maria Wildner, sämtlich Studienseminar Fulda für das Lehramt an Gymnasien (sämtlich 1. 11. 89), Andrea Bette, Bertram Bösser, Birgit Bösser, Irling Freiherr Treusch von Buttler-Brandenfels, Susanne Ebbers, Giseltraud Friedrich, Edgar Goris, Karin Hartmann, Volker Lilje, Hans-Rüdiger Matzner, Rainer Meiertoberens, Hubert Müller, Petra Nau, Christoph Opper-Conrad, Reinhard Ruf, Ursula Simon, Charlotte Sinha, Jens Warntjen, Manfred Röder, sämtlich Studienseminar Kassel I für das Lehramt an Gymnasien, Diana Anacker, Daniela Barchert, Cordula Determann, Claudia Fesch, Lydia Gürtler, Joachim Gut, Andrea Klute, Matthias Knäpper, Anke Knoth, Hella Kröger, Gabriele Lincke, Marion Loos, Sylvia Nasz, Claudia Rau, Marlene Röver, Andreas Rollmann, Nica Schäfer, Monika Wohlan, Diana Zähme, Volker Zähme, sämtlich Studienseminar Kassel II für das Lehramt an Gymnasien, Gabriele Bittner, Volker Büscher, Jörg Deister, Ruth Griesel, Dr. Burkhard Knuth, Monika Krell, Doris Lehn, Ulrich Meiss, Reiner Radtke, Sabine Rimbach, Annette Schmidt, Anja Schweers, Ilona Seeberg-Mangold, Sabine Sondergeld, Karin Sünder, Wolfgang Suchanek, Birgit Zimmermann, sämtlich Studienseminar Fulda für das Lehramt an Gymnasien (sämtlich 1. 5. 90);

versetzt:

nach Hamburg Studienrat (BaL) Michael Wesemann, Neukirchen (1. 11. 89), nach Niedersachsen Studienrat (BaL) Günter Otto, Bad Wildungen (1. 2. 90);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektoren (BaL) Dr. Herbert Mehrhoff, Dieter Wollenteit, beide Kassel (beide 31. 1. 90), Oberstudienräte/innen (BaL) Maria Schmidt, Rotenburg (30. 9. 89), Erna Harnes, Kassel, Hans-Joachim Gutsche, Kassel, Wolfgang Hartmann, Frankenberg, Ursula Allendörfer, Melsungen, Edgar Oschmann, Homberg (sämtlich 31. 1. 90), Horst-Günter Lanske, Korbach (28. 2. 90), Jutta Keppler, Kassel (30. 4. 90), Studienrat Nils Naumann, Wolfhagen (31. 10. 89);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

die Studienreferendare/innen (BaW) Michael Stengert, Studienseminar Kassel I (31. 10. 89), Hans Jürgen Nutt, Studienseminar Kassel II (21. 11. 89), Bibiane Haweliet, Studienseminar Kassel II (24. 12. 89), Harald Griebinger-Grewe, Studienseminar Kassel II (22. 1. 90), Rita Schillberg (Studienseminar Kassel I), Maria Rehborn, Studienseminar Kassel II (beide 28. 2. 90), Susanne Mihm-Lutz, Studienseminar Kassel I (9. 3. 90), Ina Kopp, Studienseminar Fulda (31. 3. 90), Sabine Wiegand, Studienseminar Kassel I (30. 4. 90), Kathrin Elfering, Studienseminar Kassel I (28. 5. 90);

verstorben:

Oberstudienrat (BaL) Karl-Heinz Kern, Willingshausen (25. 10. 89).

Kassel, 28. Mai 1990

Regierungspräsidium Kassel  
23 a — 8 b 28 B

StAnz. 27/1990 S. 1285

## L. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

bei der Hessischen Landesanstalt für Tierzucht

in den Ruhestand getreten:

Landwirtschaftsdirektor Karl Agde (31. 5. 90).

Homberg/Ohm, 31. Mai 1990

Hessische Landesanstalt für Tierzucht  
8 b — Mo/La

StAnz. 27/1990 S. 1286

## O. beim Hessischen Rechnungshof

ernannt:

zum Ministerialrat Regierungsdirektor (BaL) Ewald Schreiber (1. 4. 90);

zu Regierungsoberräten die Regierungsräte (BaL) Hans Peter Spalt, Heinrich Briel (beide 1. 4. 90); zum Oberrechnungsrat Rechnungsrat (BaL) Helmut Weiß (1. 4. 90);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungsrat z. A. (BaP) Dr. Konrad Beiwinkel (1. 4. 90).

Darmstadt, 12. Juni 1990

Der Präsident des  
Hessischen Rechnungshofs  
Pr I 114 — 2/90

StAnz. 27/1990 S. 1286

638

DARMSTADT

## DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 19. Juni 1990

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

#### § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen im Stadtgebiet der Stadt Gelnhausen, abgegrenzt durch Bahnhofstraße, Altenhaßlauer Straße bis Bahnübergang, An der Burgmühle, Burgstraße, Barbarossastraße bis Einmündung Burgstraße, Schmidtgasse, Untermarkt, Braugasse, Pfarrgasse, Obermarkt, Alte Schmidtgasse, Langgasse, Röther Gasse, Frankfurter Straße bis Autohaus Hempel, Berliner Straße bis Einmündung Philipp-Reis-Straße, Philipp-Reis-Straße, Seestraße, Am Ziegelturn, Im Ziegelhaus, Hailerer Straße bis Kreuzung Clamecystraße/Bahnhofstraße aus Anlaß des „Barbarossamarktes“ am 1. Juli 1990 freigegeben. Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

#### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1990 in Kraft.

Darmstadt, 19. Juni 1990

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
Regierungspräsident

StAnz. 27/1990 S. 1286

639

### Genehmigung der Stiftung „Goldener Zuckerhut“, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 27. März 1990

errichtete Stiftung „Goldener Zuckerhut“, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 5. Juni 1990 genehmigt.

Darmstadt, 11. Juni 1990

Regierungspräsidium Darmstadt  
III 11 a — 25 d 04/11 (12) — 282

StAnz. 27/1990 S. 1286

640

### Wohnplatzverzeichnis;

hier: Umbenennung des Wohnplatzes „Sendefunkstelle“ in „Erdfunkstelle“

Bezug: Meine Bekanntmachung vom 9. September 1982 (StAnz. S. 1726)

Auf Antrag der Gemeinde Neu-Anspach, Hochtaunuskreis, wird der auf ihrem Gebiet gelegene Wohnplatz „Sendefunkstelle“ in „Erdfunkstelle“ gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung umbenannt.

Darmstadt, 15. Juni 1990

Regierungspräsidium Darmstadt  
II 12 a — 3 K 02/05 — 4

StAnz. 27/1990 S. 1286

641

GIESSEN

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „In der Weiden- galle und Hasenbach bei Merlau“ vom 5. Juni 1990

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1989 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbände Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit der Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde, verordnet:

#### § 1

(1) Die ehemaligen Eisenerz-Abbauflächen nördlich von Merlau werden in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte zum Naturschutzgebiet erklärt.





(2) Das Naturschutzgebiet „In der Weidengalle und Hasenbach bei Merlau“ besteht aus zwei Teilflächen in den Gemarkungsteilen „Hasenbach“, „In der Dreispitz“ und „In der Weidengalle“ in den Gemarkungen Merlau und Nieder-Ohmen der Gemeinde Mücke im Vogelsbergkreis. Es hat eine Größe von 15,21 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 2 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet rot umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Gießen, oberer Naturschutzbehörde, Bahnhofstraße 40, 6300 Gießen, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich beim Kreisaußschuß des Vogelsbergkreises, unterer Naturschutzbehörde, Goldhelg 20, 6420 Lauterbach. Die Karten können von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

## § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, das strukturreiche ehemalige Eisenerzabbaugebiete, bestehend aus einem kleinen Stillgewässer, Verlandungszonen, Weidenwäldchen und Sukzessionsflächen, als Brut-, Rast- oder Nahrungsareal für seltene Vogelarten sowie als Laichgebiet gefährdeter Amphibienarten zu erhalten und durch gezielte Maßnahmen zu entwickeln.

## § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von dem in § 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung ausgenommenen Anwendungsbereich oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer und den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern und Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren, auch Fischen in Teichen oder sonstigen geschlossenen Gewässern, nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuzahlen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellschiffe einzusetzen oder Modellflugzeuge starten oder landen zu lassen;
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubereiten oder deren Nutzung zu ändern;
13. zu düngen oder Pflanzenschutzmittel anzuwenden;
14. Hunde frei laufen zu lassen;
15. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung von natürlichen arten- und strukturreichen Waldgesellschaften unter den in

§ 3 Nr. 13 genannten Einschränkungen im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;

2. die Ausübung der Einzeljagd auf Haarwild in der Zeit vom 16. Juli bis Ende Februar.

## § 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 der Hessischen Bauordnung entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. entgegen § 3 Nr. 2 Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert;
3. entgegen § 3 Nr. 3 Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt;
4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. entgegen § 3 Nr. 5 Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher beschädigt oder entfernt;
6. wildlebende Tiere (Fische in Teichen oder sonstigen geschlossenen Gewässern) in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. entgegen § 3 Nr. 7 Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt;
8. das Naturschutzgebiet entgegen § 3 Nr. 8 außerhalb der Wege betritt;
9. entgegen § 3 Nr. 9 reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmert, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellschiffe einsetzt oder Modellflugzeuge starten oder landen läßt;
10. entgegen § 3 Nr. 10 mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt;
11. entgegen § 3 Nr. 11 Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt;
12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen entgegen § 3 Nr. 12 umbricht oder deren Nutzung ändert;
13. entgegen § 3 Nr. 13 düngt oder Pflanzenschutzmittel anwendet;
14. entgegen § 3 Nr. 14 Hunde frei laufen läßt;
15. eine gewerbliche Tätigkeiten entgegen § 3 Nr. 15 ausübt.

## § 7

Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Weidengalle und Grube D bei Merlau“ vom 2. Dezember 1986 (StAnz. 1987 S. 306), verlängert durch Verordnung vom 10. November 1989 (StAnz. S. 2458), wird aufgehoben.

## § 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 5. Juni 1990

Regierungspräsidium Gießen  
gez. Dr. Rhiel  
Regierungspräsident

StAnz. 27/1990 S. 1286

642

## Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 11. Juni 1990

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

## § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Biedenkopf in

den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des Stadtfestes am 29. Juli 1990 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze Marktplatz, Kottenbachstraße bis zum Kottenbachtich, Hainstraße bis Einmündung Pfefferacker, Pfefferacker, Schulstraße ab Pfefferacker bis zur Hospitalstraße, Bachgrundstraße bis zur Straße Am Bahnhof, Am Bahnhof, Hospitalstraße bis zur Einmündung Straße Am Bahnhof, Galgenbergstraße vom Marktplatz bis Abzweig Im Höfchen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 29. Juli 1990 in Kraft.

Gießen, 11. Juni 1990

**Regierungspräsidium Gießen**  
gez. Dr. Rhiel  
Regierungspräsident

*StAnz. 27/1990 S. 1288*

**643**

**3. Sitzung der Regionalen Planungsversammlung beim Regierungspräsidium Gießen**

Die 3. Sitzung der Regionalen Planungsversammlung findet am **Freitag, 6. Juli 1990, 18.00 Uhr**, im Bürgerhaus der Stadt Lollar, Holzmühler Weg 76, 6304 Lollar (Landkreis Gießen), statt.

Nachstehend gebe ich die Tagesordnung bekannt:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und der Beschlußfähigkeit
2. Vorlage des Raumordnungsberichtes Mittelhessen 1989/90
3. Raumordnungsverfahren für die Ferngasleitung Werne (Westfalen) über Lauterbach (Hessen) in die DDR;  
hier: Bericht der oberen Landesplanungsbehörde

4. Raumordnungsverfahren für die Schnellbahntrasse Köln—Rhein/Main der Deutschen Bundesbahn;  
hier: Bericht der oberen Landesplanungsbehörde

5. Anfragen und Mitteilungen

Gießen, 18. Juni 1990

**Regierungspräsidium Gießen**  
51 — 93 b 10/01

*StAnz. 27/1990 S. 1289*

**644 KASSEL**

**Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 12. Juni 1990**

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt von Witzenhäusen 1 aus Anlaß der 24. Kesperkirmes am Sonntag, 8. Juli 1990, für die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr freigegeben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 8. Juli 1990 in Kraft.

Kassel, 12. Juni 1990

**Regierungspräsidium Kassel**  
gez. Dr. Wilke  
Regierungspräsident

*StAnz. 27/1990 S. 1289*

**645**

**HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND**

**Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt —**

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt nachfolgend aufgeführte Fortbildungsseminare durch.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 13. Juni 1990

**Hessischer Verwaltungsschulverband**  
Verwaltungsseminar

*StAnz. 27/1990 S. 1289*

**Thema:** **Der moderne Vordruck  
Arbeitsgerechtes und bürgernahes Gestalten  
mit dem Computer**  
FS 138

**Themen-  
schwerpunkte:** Anforderung an die inhaltliche Gestaltung  
Formale Regeln der Vordruckgestaltung  
Gestalten mittels Desktop Publishing am PC  
Organisation des Vordruckwesens  
Beschaffung von Vordrucken

**Teilnehmerkreis:** Mitarbeiter/innen von Verwaltungen und Betrieben  
Voraussetzung: Grundkenntnisse im Umgang mit PCs  
Die Teilnehmerzahl ist auf 16 Personen begrenzt.

**Zeitplan:** Das Seminar umfaßt 30 Unterrichtsstunden und wird an 5 Vormittagen, jeweils donnerstags, von 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt.  
Das Seminar beginnt am 23. August 1990 und endet am 20. September 1990.

**Dozent:** Wolfgang Kalberlah  
Die Teilnehmergebühren betragen für Mitglieder des Verbandes 174,— DM, für Nichtmitglieder 219,— DM.

**Thema:** **Sozialarbeit in Verwaltungen**  
FS 510

**Themen-  
schwerpunkte:** Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns  
Möglichkeiten und Grenzen von Sozialarbeit  
Funktionsbestimmung der Sozialarbeit  
Schwierigkeiten der Standardisierung von Arbeitsabläufen  
Beratung und Kommunikation  
Paragrafen und Betroffene

**Teilnehmerkreis:** Mitarbeiter/innen der Sozial- und Jugendämter im Sozial- und Verwaltungsdienst

**Zeitplan:** Das Seminar umfaßt 30 Unterrichtsstunden und wird an 5 Vormittagen, jeweils von 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt.

**Veranstaltungs-  
termine:** Donnerstag, 30 August 1990  
Freitag, 31. August 1990  
Montag, 3. September 1990  
Dienstag, 4. September 1990  
Mittwoch, 5. September 1990

**Dozent:** Klaus Kolb  
Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 174,— DM, für Nichtmitglieder 219,— DM.

**Thema:** **Bauleitplanung**  
FS 616

**Themen-  
schwerpunkte:** Begriff der Bauleitplanung  
— Bauleitplanung und Eigentum  
— Bauleitplanung und Selbstverwaltungsaufgabe

- Rechtsgrundlagen  
 Dreistufige Planung  
 — Regionalplanung  
 — Flächennutzungsplanung  
 — Bebauungsplanung  
 Aufstellung von Bauleitplänen  
 — Verfahren  
 — Rechtskontrolle  
 Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan  
 — Rechtsnatur  
 — Inhalt  
 — Erläuterungsbericht  
 Bebauungsplan als verbindlicher Bauleitplan  
 — Rechtsnatur  
 — Inhalt  
 — Begründung  
 Sicherung der Bauleitplanung  
 — Veränderungssperre  
 — Zurückstellung von Baugesuchen  
 — Vorkaufsrecht  
 Zulässigkeit von Vorhaben im Planbereich  
 Zulässigkeit von Vorhaben im unbebauten Innenbereich
- Teilnehmerkreis:** Mitarbeiter/innen von gemeindlichen Verwaltungen mit noch geringer Berufspraxis auf dem Gebiet der Bauleitplanung. Ziel des Lehrgangs soll sein, das vorhandene Wissen aufzufrischen und zu vertiefen. Dabei sollen die in der täglichen Praxis auftretenden Probleme durch praktische Fälle aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.
- Zeitplan:** Das Seminar umfaßt 24 Unterrichtsstunden und wird an 6 Vormittagen, jeweils montags von 8.15 bis 11.30 Uhr, durchgeführt. Das Seminar beginnt am 20. August 1990 und endet am 1. Oktober 1990.
- Dozent:** Klaus Stöcklin  
 Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 139,20 DM, für Nichtmitglieder 175,20 DM.
- Thema:** **Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren – SGB X. 1. Kapitel (unter Berücksichtigung verschiedener Vorschriften SGB I)**
- Themenschwerpunkte:** Begriff des Verwaltungsverfahrens gemäß § 8 SGB X  
 Ziel des Verwaltungsverfahrens  
 — Verwaltungsakt  
 — Begriff  
 — Form  
 — Bekanntgabe  
 Öffentlich-rechtlicher Vertrag  
 — Grundlagen  
 — Form  
 — Besonderheiten  
 Verfahrensgrundsätze  
 — Verfahrensbeginn  
 — Formfreiheit  
 — Untersuchungsmaxime  
 Beweismittel i. V. m. Vorschriften über Mitwirkungspflichten §§ 60 ff. SGB I  
 Recht der Beteiligten §§ 10–17, 24, 25 SGB X  
 Kostenfreiheit  
 Bestandskraft des Verwaltungsaktes  
 Rechtsbehelfe  
 Verwaltungsgerichtsordnung  
 Sozialgerichtsgesetz  
 Sonstiges Recht aus SGB X, 1. Kapitel und gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche als Kernstück des SGB I
- Teilnehmerkreis:** Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in den Sachgebieten Sozialhilfe, Jugendhilfe, Wohngeld, Kriegsopferversorgung und Sozialversicherung tätig sind. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, Kenntnisse im Bereich des Verwaltungsverfahrens aufzufrischen und die Änderungen, die durch das Inkrafttreten des 10. Buches des Sozialgesetzbuches – Verwaltungsverfahren – zum 1. Januar 1981 gegenüber den bisherigen verfahrensrechtlichen Regelungen zu beachten sind, kennenzulernen. Gleichzeitig sollen die gemeinsamen Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche als Kernstück des SGB I vermittelt werden.
- Zeitplan:** Das Seminar umfaßt 28 Unterrichtsstunden und wird an 7 Nachmittagen, jeweils montags, von 13.30 bis 16.45 Uhr, durchgeführt. Das Seminar beginnt am 20. August 1990 und endet am 1. Oktober 1990.
- Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 162,40 DM, für Nichtmitglieder 204,40 DM.
- Thema:** **Sozialgesetzbuch X Buch, 2. und 3. Kapitel (Schutz der Sozialdaten und Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten)**
- Themenschwerpunkte:** — Sozialgeheimnis § 35 SGB I  
 — Schutz der Sozialdaten i. V. m. Amtshilfe §§ 3–8 und §§ 67–78 SGB X  
 — Besonderheiten des Datenschutzes in der Datenverarbeitung §§ 79 ff. SGB  
 — Einführung in das Recht der Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten gemäß SGB X, 3. Kapitel
- Teilnehmerkreis:** Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in den Sachgebieten Sozialhilfe, Jugendhilfe, Wohngeld, Kriegsopferfürsorge, Sozialversicherung tätig sind.
- Zeitplan:** Das Seminar umfaßt 28 Unterrichtsstunden und wird an 7 Nachmittagen, jeweils mittwochs, von 13.30 bis 16.45 Uhr, durchgeführt. Das Seminar beginnt am 22. August 1990 und endet am 3. Oktober 1990.
- Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 162,40 DM, für Nichtmitglieder 204,40 DM.
- Thema:** **Fortbildung der Bediensteten bei den unteren Bauaufsichtsbehörden**
- Themenschwerpunkte:** 1. Bauordnungsrecht  
 a) Genehmigungs-/Anzeigeverfahren; Bauvoranfrage; Auflagen, Ausnahmen, Befreiungen  
 b) Ordnungsmaßnahmen einschließlich Vollstreckung  
 c) ausgewählte Probleme, z. B. Abstandsvorschriften, Baulasten, Stellplatzfragen  
 2. a) Innen-/Außenbereichsvorhaben  
 b) ausgewählte Probleme, z. B. Vergnügungsstätten, Doppelhaus, § 15 BauNVO, Nebenanlagen, Sportplätze  
 c) Teilungsgenehmigungen nach Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Veränderungssperre, Zurückstellung von Baugesuchen, § 33 BauGB  
 3. Der baurechtliche Nachbarstreit  
 Nachbarschützende Vorschriften, Nachbareigenschaft, nachbarliche Zustimmung, Baustopp  
 4. Altlasten  
 5. Umweltschutzbelange  
 a) Beteiligung der Baubehörden im Baugenehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz  
 b) Wasserwirtschaft  
 6. Naturschutzrecht, insbesondere Probleme der Ausgleichsabgabe nach § 6 Abs. 3 HeNatG  
 7. Denkmalschutz
- Zeitplan:** Das Seminar umfaßt 38 Unterrichtsstunden und wird in der Zeit vom 4. September bis 30. Oktober 1990, jeweils dienstags nachmittags, durchgeführt, in der Zeit vom 5. November bis 26. November 1990 jeweils montags nachmittags.
- Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 220,40 DM, für Nichtmitglieder 277,40 DM.

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Deutsches Namensrecht.** Kommentar. Von August Sima der, Reg.Dir. a. D., und Albert Diepold, Verw.-Amtsrat a. D. Loseblattausgabe, 4. Erg.Liefg., 180 S., 64,80 DM; Gesamtwert, 696 S., Plastikordn., 98,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm GmbH & Co. KG, 8000 München 80.

Das Grundwerk wurde in StAnz. 1981 S. 1847 besprochen. Die nunmehr vorliegende 4. Ergänzungslieferung bringt den lange angekündigten Kommentarteil über den Namen im internationalen Privatrecht. Er umfaßt einen allgemeinen Teil über allgemeine Regeln im IPR-Recht unter besonderer Berücksichtigung namensrechtlicher Aspekte sowie einen besonderen Teil über den Familiennamen des Kindes, den Ehenamen und den Vornamen. Damit ist das Werk zunächst vollständig und abgeschlossen. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis soll in Bände nachgeliefert werden. Die vorhandene Kommentierung wurde der aktuellen Entwicklung in Gesetzgebung und Rechtsprechung angepaßt. Die AVV zum Personenstandsgesetz (Dienstanzweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden — DA —) wurde aus Platzersparnisgründen und im Hinblick auf die häufigen Änderungen aus dem Abschnitt „Gesetzestexte“ herausgenommen. Da die weit überwiegende Zahl der Benutzer dieses Werks über eine Ausgabe der DA verfügen, war diese Entscheidung des Verlags folgerichtig.

Wenn das Werk schon bisher als Standardwerk zum deutschen Namensrecht bezeichnet wurde, so hat es sich durch die Aufnahme des IPR in die Kommentierung dieses Prädikat endgültig verdient. Die Benutzer des Simader/Diepold werden dankbar sein, wenn das angekündigte umfangreiche Stichwortverzeichnis in Bände ausgeliefert wird.

Amtmann Hans-Michael Schmitt

**Die Baunutzungsverordnung.** Kommentar, begründet von Fritz Heinz Müller, Ldt. Min.Rat a. D., und Dr. Otto Neuffer, Regierungsvizepräsident a. D., fortgeführt von Hanns Reinhard Weiß, Min.Rat., 6. Aufl., 1990, 228 S., 56,— DM. Richard Boorberg Verlag, 7000 Stuttgart 80. ISBN 3-415-01491-6

Der von Ldt. Ministerialrat a. D. Fritz-Heinz Müller und Regierungsvizepräsidenten a. D. Dr. Otto Neuffer gegründete Kommentar zur Baunutzungsverordnung ist in der 6. Auflage erschienen. Äußerer Anlaß der von Ministerialrat Weiß bearbeiteten Neufassung des Kommentars ist die Vierte Änderungsverordnung 1990, die am 27. Januar 1990 in Kraft getreten ist (BGBl. I S. 132). Der Kommentar setzt sich nicht nur mit den Änderungen aus dem Jahr 1990 auseinander, sondern bearbeitet auch die inzwischen ergangene umfangreiche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichtspräsidenten der Länder.

Mit der Vierten Änderungsverordnung 1990 wird die 4. Generation (1962, 1969, 1977 und 1990) einer Baunutzungsverordnung erlassen. Hinzu kommt noch die Novellierung des § 11 Abs. 3 BauNVO für die großflächigen Einzelhandelsbetriebe im Jahr 1986. Der Kommentar konzentriert sich zwar auf die Neufassung aus dem Jahr 1990; er stellt jedoch, soweit er sich gegenüber früheren Fassungen unterscheidet, die Änderungen besonders heraus. Insoweit wird auch die Bedeutung der älteren Rechtsprechung für das neue Recht erläutert. Das ist auch erforderlich, weil nach den Überleitungsbestimmungen grundsätzlich das Recht der Baunutzungsverordnung anzuwenden ist, das der Beschlussfassung zum Bebauungsplan zugrunde lag. Die Änderungen der Baunutzungsverordnung wirken diesmal hinsichtlich der Zulässigkeit von Vergnügungsstätten auch auf Bebauungspläne zurück, die auf Grund älterer Fassungen entstanden sind. Zudem wirkt die neue Baunutzungsverordnung sofort auf die im Zusammenhang bebauten Ortsteile und ändert damit die rechtliche Situation dort, soweit auf sie nach § 34 Abs. 2 BauGB die §§ 2 bis 15 BauNVO wegen der Art der Nutzung unmittelbar Anwendung finden.

Der Kommentar beginnt mit einer Synopse der Baunutzungsverordnung in der Fassung aus dem Jahr 1990 gegenüber der Baunutzungsverordnung in der Fassung aus dem Jahr 1977 mit den Änderungen des Jahres 1986. Damit kann sich der Leser schnell einen Überblick zu den Änderungen verschaffen. Die Kommentierung beginnt mit einer Einleitung, die sich insbesondere mit der Einordnung der Baunutzungsverordnung in das gesamte Städtebaurecht befaßt. In Vorbemerkungen zu den Abschnitten „Art der baulichen Nutzung“ und „Maß der baulichen Nutzungen“ wird eine kurze Übersicht der geltenden Vorschriften gegeben, denen sich dann die Kommentierungen zu den einzelnen Paragraphen anschließen. Das Sachregister am Schluß des Kommentars ist gegenüber den bisherigen Auflagen erheblich erweitert. Darin sind insbesondere die in der Kommentierung fettgedruckten Begriffe aufgenommen, so daß der Leser schnell die wichtigen Erläuterungen finden kann.

Der Preis von 56,— DM für dieses Werk ist in Anbetracht der Fülle von Informationen, die der Kommentar bietet, nicht zu hoch angesetzt.

Regierungsdirektor Erich Allgeier

**Das Schuldverhältnis.** Begründung und Änderung — Pflichten und Strukturen — Drittwirkungen. Von Joachim Gernhuber. 1989, 860 S., 298,— DM (Handbuch des Schuldrechts, Bd. 8). Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 7400 Tübingen. ISBN 3-16-645497-7

Der vorliegende Band 8 von Joachim Gernhuber soll im Rahmen der Arbeiten für das „Handbuch des Schuldrechts“ der Herausarbeitung der Grundlagen für das gesamte Werk dienen. Hierzu setzt sich der Verfasser neben der fundiert angelegten Darstellung der rechtstheoretischen Implikationen intensiv auch mit den praktischen Bezügen des Schuldrechts auseinander. Er verfolgt dabei problem-

feldorientiert Tendenzen insbesondere auch der jüngeren Judikatur und versucht darüber hinaus, neue Lösungen anzubieten.

Das Werk wendet sich an Bibliotheken, höhere Gerichte, Anwaltskanzleien und Notare; es dürfte darüber hinaus für alle, die sich mit den Strukturen des Schuldverhältnisses näher befassen wollen, von Interesse sein.

Nachfolgend einige Anmerkungen zum Inhalt:

Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die Grundlagen des Schuldrechts als Bestandteil unserer Gesamtrechtsordnung und unternimmt in diesem Rahmen den Versuch der begrifflichen Erfassung des Schuldverhältnisses als komplexer Einheit. Er erläutert sodann Begriff und Charakter der Forderung, um sich anschließend dem Thema von „Schuld und Haftung“, hier insbesondere der Frage der Beschränkbarkeit der Haftung, der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen sowie den verschiedenen Ausprägungen des Erwerbgrundes einschließlich der Reaktionen des Rechtsverkehrs hierauf zuzuwenden.

Ein weiterer Abschnitt ist der Begründung von Schuldverhältnissen gewidmet. Der Verfasser legt hier die Elemente der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Schuldvertrags vor allem in Abgrenzung zur rechtlich irrelevanten sozialen Verständigung dar. Er behandelt den Kontrahierungszwang (u. a.) als denkbare Antwort auf öffentliche oder gewerbliche Monopolstellungen und weist auf die verschiedenen durch Gesetz, Gewohnheitsrecht oder Verkehrssübung geformten Schuldvertragstypen einschließlich der atypischen sowie der gemischten Verträge hin.

Ein breiter Raum ist dem hinsichtlich seiner dogmatischen Grundlagen und Ausprägung noch nicht abschließend geklärten Schuldverhältnis aus Vertragsanbahnung (culpa in contrahendo) gewidmet, welches als in das vorvertragliche Stadium verlagerte Form der positiven Forderungsverletzung mit Verhandlungstreue-, Aufklärungs- und Wahrheitspflichten ebenso einhergehen kann wie mit speziell aus dem Versicherungsrecht bekannten Obliegenheiten.

Im Rahmen eines mit „Schulden mit zunächst unbestimmtem Inhalt“ überschriebenen Kapitels behandelt der Autor sodann die Erscheinungsformen der Schuld mit Bestimmungsverbehalt im allgemeinen sowie der Gattungsschuld und Wahlschuld im speziellen, insbesondere unter Berücksichtigung von Fragen der Konzentration, Störungen im Leistungsverhältnis oder der schiefschuldachtlichen Feststellung einer Schuld. Er geht sodann über zu der Darstellung des gegenseitig verpflichtenden Schuldverhältnisses mit seinen denkbaren Ausprägungen der synallagmatisch verknüpften Ansprüche bzw. primären und sekundären Leistungspflichten. Als getreues Spiegelbild des Synallagmas wird die Einrede des nichterfüllten Vertrages hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, Grenzen und Wirkungen ebenso diskutiert, wie denkbare Modalitäten der Vorleistungspflicht.

Ein weiterer Abschnitt ist besonderen Strukturen des Schuldverhältnisses gewidmet. Begonnen wird mit der Darstellung der Elemente des Dauerschuldverhältnisses, seiner Beendigung sowie etwaigen Folgewirkungen. Es folgt die Untersuchung der insbesondere im Alltag und Wirtschaftsleben bedeutungsvollen fortgesetzten Lieferungen, sei es vor dem Hintergrund laufender Geschäftsverbindungen, als Raten- oder Dauerlieferungsverträge.

Der Verfasser geht sodann zu den Formen abstrakter Verbindlichkeiten über, die zum einen als Abstraktion bei der Gestaltung schuldrechtlicher Verfügungsgegenstände bzw. andererseits als Abstraktion bei der Gestaltung der Tatbestände für den Erwerb von Forderungen verstanden werden können. Hierbei zeigt er u. a. Abgrenzungsprobleme, insbesondere zu Wissenserkörungen, Garantien oder dem kausalen Schuldanerkenntnis auf. Es folgt der Themenkomplex „Drittwirkungen“, anhand dessen der berechtigte Vertrag zugunsten Dritter (§ 328 Abs. 1 BGB) und seine Verwendung in verschiedenen ökonomischen Zusammenhängen (vor allem des Versicherungsrechts (in Abgrenzung zu der sich unterschiedlich strukturierenden Teilhabe Dritter (Schuldverhältnissen mit Schutzwirkung zugunsten Dritter) sowie zur Drittschadensliquidation erörtert wird. Hieran anknüpfend wird die Möglichkeit der Teilnahme an fremden Einwendungen und Einreden untersucht. Das Bild wird abgerundet mit der Behandlung belastender faktischer oder rechtlicher Wirkungen fremder Verträge in der Interessensphäre Dritter unter besonderer (auch kritischer) Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Prospekthaftung.

Der Verfasser erläutert sodann unter der Überschrift „Allgemeine Schuldinhalte“ die rechtlichen Grundlagen von Auskunftsansprüchen im Rahmen bestehender Schuldverhältnisse einschließlich Form und Umfang ihrer Erteilung, der Möglichkeiten zur Durchsetzung derartiger Rechtspositionen sowie Fragen des Aufwendungsersatzes. In einem weiteren Kapitel werden Möglichkeiten und Grenzen der Änderung bestehender Schuldverhältnisse aufgezeigt — als Stichworte seien Änderungsvertrag, Ersetzungsbefugnis oder die Änderung durch Partei- oder Drittbestimmung genannt. Als Erscheinungsformen verbundener Forderungen und Schuldverhältnisse werden das allgemeine Zurückbehaltungsrecht gemäß § 273 BGB sowie der wirtschaftlich bedeutsame Bereich der finanzierten Geschäfte beleuchtet.

Das Werk schließt mit einem Abschnitt über Abreden mit Sicherungszweck, wozu der Verfasser die Institute der Draufgabe, des Reuegeldes sowie des unselbständigen wie selbständigen Strafversprechens gezählt wissen will.

Dieser Aufriß zeigt die Bandbreite der von dem Autor zum Thema „Schuldverhältnis“ gegebenen Darstellung, die durch ihre analytische und interessenorientierte bewertende Form besticht. Man wird schon heute sicher sein dürfen, daß auch der vorliegende Band des „Handbuchs“ einen hohen Stellenwert in Wissenschaft und Praxis einnehmen wird.

Richterin am LG Claudia Störmer



# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1990

MONTAG, 2. Juli 1990

Nr. 27

## Gerichtsangelegenheiten

### 2530

371/2 E Kamp — Erlaubnis zum Betrieb eines Inkassobüros: Herrn Rüdiger Kamp, Hellweg 27, 3501 Ahnatal, habe ich auf Grund des Art. 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes die Erlaubnis zur außergerichtlichen Einziehung von Forderungen erteilt. Geschäftssitz ist 3501 Ahnatal.

3500 Kassel, 1. 6. 1990

Der Präsident des Amtsgerichts

### 2531

371/2 E Ruppel — Erlaubnis zum Betrieb eines Inkassobüros: Herrn Georg Ruppel, Heckenweg 15, 3527 Calden 1, habe ich auf Grund des Art. 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes die Erlaubnis zur außergerichtlichen Einziehung von Forderungen erteilt. Geschäftssitz ist 3501 Ahnatal.

3500 Kassel, 1. 6. 1990

Der Präsident des Amtsgerichts

## Güterrechtsregister

### 2532

4 GR 1035 — Neueintragung — 18. 6. 1990: Die Eheleute Bilal Sabri Akbay, geboren am 20. 3. 1946, und Heide-Rosemarie Akbay geb. Happersberger, geboren am 16. 8. 1947, beide wohnhaft in Lorsch, haben durch Vertrag vom 26. Oktober 1989 Gütertrennung vereinbart.

6140 Bensheim, 18. 6. 1990

Amtsgericht

### 2533

6 GR 881 — Neueintragung — 6. 6. 1990: Heß, Burkhard, geboren am 9. 10. 1956, Heß, Andrea, geb. Knoll, geboren am 8. 6. 1964, beide wohnhaft Gartenstraße 12, 3444 Wehretal-Reichensachsen. Durch Vertrag vom 9. Dezember 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 12. 6. 1990

Amtsgericht

### 2534

6 GR 758 — Neueintragung — 15. 6. 1990: Paul Heinz Naporra, geboren am 4. November 1920, Werbefachmann, Dorothea Elfriede Anneliese Naporra geb. Körtgen, geboren am 15. April 1917, Hausfrau, Am Schlichter 1, 6082 Mörfelden-Walldorf. Durch notariellen Vertrag vom 2. Mai 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

6080 Groß-Gerau, 15. 6. 1990

Amtsgericht

### 2535

Neueintragungen beim Amtsgericht Hanau

41 GR 2422 — 22. 5. 1990: Eheleute: Elektriker Wilfried Dietrich und Angestellte Sabine Kläre Dietrich geb. Vogel, Erlensee. Durch Vertrag vom 3. Mai 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2425 — 8. 6. 1990: Eheleute Fernmeldetechniker Hans-Reiner Schwarz und

Hausfrau Gerda Schwarz geb. Sauseng, Hanau 9. Durch Vertrag vom 16. Mai 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 8. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 41

### 2536

8 GR 1389 — Neueintragung — 28. 5. 1990: Eheleute Wolfgang Wiegmann, geboren am 26. 6. 1939, technischer Kaufmann, und Gunhild Wiegmann geb. Gutjahr, geboren am 4. 7. 1961, Tierärztin, beide wohnhaft in Kelkheim-Fischbach. In der notariellen Urkunde vom 13. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 28. 5. 1990

Amtsgericht

### 2537

GR 615 — Neueintragung — 13. 6. 1990: Die Eheleute Klaus Eckhardt, Kfz-Meister, geboren am 5. 1. 1950, und Carmen Eckhardt geb. Konrad, geboren am 31. 3. 1953, beide wohnhaft in 6479 Schotten-Betzenrod, haben durch Vertrag vom 27. März 1990 Gütertrennung vereinbart.

6478 Nidda, 13. 6. 1990

Amtsgericht

### 2538

Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main

GR 5251 — 18. 6. 1990: Eheleute Joachim Karl Oswald und Ulla Kristiina Yliheikkilä-Oswald geb. Yliheikkilä, in Neu-Isenburg. Durch notariellen Vertrag vom 7. Mai 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 5252 — 18. 6. 1990: Eheleute Heinrich Kolb und Helga Kolb geb. Müller, in Neu-Isenburg. Durch notariellen Vertrag vom 23. April 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

6050 Offenbach am Main, 18. 6. 1990

Amtsgericht, Abt. 5

### 2539

GR 254 — Neueintragung — 7. 6. 1990: Berneburg, Peter, geboren am 16. 3. 1955, Berneburg geb. Hahn, Sabine, geboren am 9. 10. 1960, beide wohnhaft Eisenwinkelweg 7, 3578 Schwalmstadt 1. Durch notariellen Vertrag vom 16. Mai 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

3578 Schwalmstadt, 7. 6. 1990

Amtsgericht

### 2540

GR 783 — Neueintragung — 12. 6. 1990: Eheleute Nimon Ametaj und Kerstin Inge Lubawina, Ostring 19, 6451 Mainhausen-Zellhausen. Durch Erklärung vom 22. Februar 1990 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 12. 6. 1990

Amtsgericht

### 2541

GR 605 — Neueintragung — 10. 4. 1990: Die Eheleute Frau Gudrun Dühning geb. Laupichler, geboren am 5. 1. 1958, wohnhaft Schulhofstraße 13, 6390 Usingen, und Herr Hans-Dieter Dühning, geboren am 16. 9. 1960, wohnhaft Schulhofstraße 13, 6390 Usingen, haben durch notariellen Vertrag

vom 12. Juni 1989 Gütertrennung vereinbart.  
6390 Usingen, 13. 6. 1990 Amtsgericht

### 2542

GR 748 — Neueintragung — 18. 6. 1990: Roman Novak, geboren am 3. 9. 1962, und Dr. Jana Novak geb. Jandourkova, geboren am 11. 10. 1954, Hauptstraße 70, 6296 Mengerskirchen 1. Durch Ehevertrag vom 2. April 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 18. 6. 1990

Amtsgericht

### 2543

GR 749 — Neueintragung — 18. 6. 1990: Bernd Jost, geboren am 16. 2. 1961, und Christine Jost geb. Dörfler, geboren am 12. 12. 1965, Buchenweg 15, 6292 Weilmünster 13. Durch Ehevertrag vom 31. März 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 18. 6. 1990

Amtsgericht

### 2544

GR 750 — Neueintragung — 18. 6. 1990: Günther Krepela, geboren am 21. 7. 1944, und Brigitte Krepela geb. Pop, geboren am 8. 5. 1941, Mauerstraße 13, 6290 Weilburg. Durch Ehevertrag vom 14. Mai 1990 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 18. 6. 1990

Amtsgericht

## Vereinsregister

### 2545

4 VR 480 — Neueintragung — 1. 6. 1990: Kindergruppe Hennethal e. V. mit dem Sitz in Hohenstein-Hennethal.

6208 Bad Schwalbach, 1. 6. 1990

Amtsgericht

### 2546

VR 483 — Neueintragung — 11. 6. 1990: „Bei uns dehaam“ Heimatverein Langenseifen 1990 mit dem Sitz in Bad Schwalbach.

6208 Bad Schwalbach, 11. 6. 1990

Amtsgericht

### 2547

VR 484 — Neueintragung — 5. 6. 1990: Rasse-Hunde-Verein Rhein-Main-Taunus mit dem Sitz in Heidenrod.

6208 Bad Schwalbach, 5. 6. 1990

Amtsgericht

### 2548

VR 485 — Neueintragung — 8. 6. 1990: Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland, Kreisverband RTK e. V. mit dem Sitz in Bad Schwalbach.

6208 Bad Schwalbach, 8. 6. 1990

Amtsgericht

### 2549

VR 486 — Neueintragung — 8. 6. 1990: Fußballclub Bärstadt mit dem Sitz in Schlangenbad.

6208 Bad Schwalbach, 8. 6. 1990

Amtsgericht



**2550**

VR 387 — Neueintragung — 6. 6. 1990: Sängerkunst 1911 Karben Kloppenheim, Karben.

6368 Bad Vilbel, 18. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2551**

VR 579 — Neueintragung — 15. 6. 1990: Gleitschirmfreunde Hartenrod e. V., Bad Endbach.

3560 Biedenkopf, 15. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2552**

8 VR 709 — Neueintragung — 12. 6. 1990: Gesangsverein Eintracht 1878 Babenhausen; Sitz: 6113 Babenhausen.

6110 Dieburg, 12. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2553**

VR 343 — Neueintragung — 19. 6. 1990: Turn- und Sportverein Birkenbringhausen, Burgwald-Birkenbringhausen.

3558 Frankenberg (Eder), 19. 6. 1990  
**Amtsgericht**

**2554**

5 VR 1002 — Neueintragung — 12. 6. 1990: Verein zur Unterstützung der Maria-Ward-Schwestern und ihrer Einrichtungen in Rumänien, Fulda.

6400 Fulda, 12. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2555**

5 VR 1003 — Neueintragung — 12. 6. 1990: Christliche Brüdergemeinde Fulda in Fulda.

6400 Fulda, 12. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2556**

VR 432 — Neueintragung — 15. 6. 1990: Senioren-Kegelsportverein Idstein 1990 e. V., Idstein.

6270 Idstein, 15. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2557**

1 VR 314 — Neueintragung — 13. 6. 1990: Frauen helfen Frauen e. V. Waldeck-Frankenberg in Korbach.

3540 Korbach, 13. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2558**

VR 1503 — Neueintragung — 8. 6. 1990: Dramatischer Verein Rausch-Holzhausen, Sitz: Ebsdorfergrund-Rausch-Holzhausen.

3550 Marburg, 8. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2559**

VR 1504 — Neueintragung — 13. 6. 1990: Vereinigung der Direktvermarkter des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Sitz: Marburg.

3550 Marburg, 13. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2560**

VR 703 — Auflösung — 13. 6. 1990: Evangelisch-Freikirchlicher Kindergarten Marburg/Lahn, Marburg. Die Mitgliederversammlung am 20. Mai 1990 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

3550 Marburg, 13. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2561**

VR 1440 — Neueintragung — 18. 6. 1990: Freunde und Förderer der Marienschule der

Ursulinen in Offenbach, Sitz: Offenbach am Main.

6050 Offenbach am Main, 18. 6. 1990  
**Amtsgericht, Abt. 5**

**2562**

VR 394 — Neueintragung — 5. 6. 1990: BUNDESVERBAND für AUTOGENES TRAINING und ENTSPANNUNGSTHERAPIE, Usingen.

6390 Usingen, 13. 6. 1990      **Amtsgericht**

**Liquidationen****2563**

Die Firma Richter & Cie GmbH in Osnabrück ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

4500 Osnabrück, 12. 6. 1990

**Der Liquidator**

Rechtsanwalt Klaus Niemeyer  
Schillerstraße 20, 4500 Osnabrück

**Vergleiche – Konkurse****2564**

N 31/88 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Hannelore Westbrock geb. Janisch, 6315 Mücke/Nieder-Ohmen, ist auf den 1. August 1990, 14.30 Uhr, im Saal 17 eine Gläubigerversammlung einberufen.

Tagesordnung: Antrag der Gemeinschuldnerin vom 31. Mai 1990 auf Erhöhung der Unterstützung und Beschaffung eines Pkw.

6320 Alsfeld, 15. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2565**

N 14/86: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 7. 12. 1985 verstorbenen Gastwirtin Jonny Michel geb. Beyer, zuletzt wohnhaft gewesen Fritzlarer Straße 23, 3590 Bad Wildungen-Mandern, soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 6 727,73 DM zur Verfügung.

Es sind zu berücksichtigen, Vorrechtsforderungen II/1: 4 634,— DM, Vorrechtsforderungen II/2: 1 326,37 DM, Vorrechtsforderungen III/1: 309,06 DM und nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 75 574,90 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bad Wildungen, Laustraße 8, 3590 Bad Wildungen offen.

3590 Bad Wildungen, 19. 6. 1990

**Der Konkursverwalter**  
Gerhard Wiegand  
Rechtsanwalt

**2566**

4 N 8/87: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Sidrex Elektronik GmbH soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 142 178,89 DM zuzüglich Zinsen. Abgehen Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters und Gerichtskosten von 32 000,— DM. Zu berücksichtigen sind 356 296,34 DM bevorrechtigte Konkursforderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten beim Amtsgericht Bensheim, Zimmer 305, unter dem Aktenzeichen 4 N 8/87 aus.

6140 Bensheim, 12. 6. 1990

**Der Konkursverwalter**  
Woitas  
Rechtsanwalt

**2567**

61 N 61/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Immo-Finanz-Vermittlungs GmbH in Darmstadt wird Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf

Donnerstag, den 12. Juli 1990, 11.00 Uhr, Raum 208, II. Stock, im Gerichtsgebäude Julius-Reiber-Straße 15.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt:

28 865,35 DM Vergütung,

300,— DM bare Auslagen (einschließlich MwSt.).

6100 Darmstadt, 11. 6. 1990

**Amtsgericht, Abt. 61**

**2568**

2 N 9/90 — **Beschluß:** Über das Vermögen der Firma Brinkmann Lederstudio GmbH in Frankenberg (Eder), Adalbert-Stifter-Straße 26, vertreten durch die Geschäftsführerin Ingrid Brinkmann, Schöneberger Straße 10 a, 4800 Bielefeld 1, ist am 30. Mai 1990, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet worden wegen Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Dietrich Tripp, Uferstraße 5 in 3558 Frankenberg (Eder).

Konkursforderungen sind bis zum 15. August 1990 bei Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände am

1. August 1990, 10.00 Uhr; und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am

19. September 1990, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankenberg (Eder), Geismarer Straße 22, I. Stock, Saal 20.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 13. Juli 1990 ist angeordnet.

3558 Frankenberg (Eder), 30. 5. 1990

**Amtsgericht**

**2569**

81 N 338/89 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 26. Juni 1988 verstorbenen Adolf Ludwig Schleicher, zuletzt wohnhaft: Wiener Straße 61, 6000 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt am Main, 6. 6. 1990

**Amtsgericht, Abt. 81**

**2570**

24 N 70/85: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hahn GmbH & Co. Gewerbeanlagen KG, persönlich haftender Gesellschafter Firma Hahn GmbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Günter Konietzny, Sitz der GmbH: Kantstraße 24, 6086 Riedstadt-Goddelau, Sitz der KG: Sudetenstraße 21, 6080 Groß-Gerau, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6080 Groß-Gerau, 7. 6. 1990      **Amtsgericht**

**2571**

24 N 90/89: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Manfred G. Mayer, Adolf-Kolping-Straße 49, 6080 Groß-Gerau, als Handelnder der nicht eingetragenen Firma Mayer & Mayer, Mobilfunk, wird nach Aufhebung des Konkursverfahrens die Vergütung des Konkursverwalters auf 6 292,80 DM

und seine Auslagen auf 880,65 DM festgesetzt.

6080 Groß-Gerau, 11. 6. 1990 Amtsgericht

### 2572

24 N 29/90 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren gegen die **Polyfillt GmbH, Odenwaldstraße 5, 6080 Groß-Gerau (HRB 2472)**, vertreten durch den Geschäftsführer **Kurt Brandauer, Rollbahnweg 6, 7919 Altsstadt/Ilter**, wird ein allgemeines Veräußerungsverbot verhängt.

6080 Groß-Gerau, 8. 6. 1990 Amtsgericht

### 2573

6 N 3/89 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Moderne Bauelemente Wirth, Inhaberin Elisabeth Wirt, Langstraße 14, 6251 Waldbrunn-Hausen**, wird infolge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf

Montag, den 23. Juli 1990, 9.00 Uhr, im Amtsgericht 6253 Hadamar, Zimmer 103, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärungen des Konkursverwalters sind auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Der Termin dient gleichzeitig der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters.

6253 Hadamar, 12. 6. 1990 Amtsgericht

### 2574

6 N 27/89: Über das Vermögen der **Frau Käthe Kniese, Lattengasse 70, 6254 Elz**, ist am 21. Juni 1990, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Steuerberater Wolfgang Kalker, Kölnstraße 135, 5206 Sankt Augustin-Hangelar.

Konkursforderungen sind bis 16. Juli 1990 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

30. Juli 1990, 11.30 Uhr, Zimmer 103, I. Stock, im Amtsgericht Hadamar.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 16. Juli 1990 anzeigen.

6253 Hadamar, 21. 6. 1990 Amtsgericht

### 2575

65 N 100/88: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **HABAG Hydraulik-Baggerausrüstungen Fabrikation und Regenerierung GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführerin **Gisela Marx, Hannoversche Straße 1-5, 3501 Niestetal 1, HRB 2349** Amtsgericht Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Montag, den 16. Juli 1990, 14.20 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite), Sitzungssaal.

3500 Kassel, 7. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2576

65 N 30/89: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Mönch GmbH**, vertreten

durch den Geschäftsführer **Bernd Mönch, Frankfurter Straße 170, 3500 Kassel**, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, den 11. Juli 1990, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite), Sitzungssaal.

3500 Kassel, 7. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2577

65 N 253/86: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Fuchs, Rolf, Sauerbruchstraße 7, 3507 Baunatal 1**, ist der Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung und Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf

Donnerstag, den 30. August 1990, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite), Sitzungssaal.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 15 753,90 DM, seine Auslagen sind auf 1 500,— DM festgesetzt.

3500 Kassel, 7. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2578

65 N 173/86: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Mollet und Fard GmbH, Wolfsschlucht 31, 3500 Kassel**, vertreten durch die Geschäftsführer **Mohammed Namdjou-Fard** und **Renate Mollet geb. Creutzberg, HRB 4295 AG Kassel**, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters bestimmt auf

Mittwoch, 22. August 1990, 10.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

3500 Kassel, 13. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2579

65 N 234/87: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **AREA Wagner & Witkovsky GmbH, Kurt-Schumacher-Straße 25, 3500 Kassel**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

3500 Kassel, 15. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2580

65 N 66/89: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 23. 7. 1988 in Korbach verstorbenen **Heinrich Kurt Köther**, zuletzt wohnhaft gewesen in **Espenau**, geboren am 2. 3. 1931, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben (§ 163 I KO).

3500 Kassel, 7. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2581

65 N 274/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Landwehr + Schultz GmbH & Co. KG, Kassel**, vertreten durch die **Werner Müller Verwaltungsgesellschaft mbH**, diese vertreten durch den Geschäftsführer **Werner Müller, Kassel, Eichholzweg 9, HRA 8433 AG Kassel**, ist der Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung bestimmt auf

Donnerstag, 30. August 1990, 10.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 3 891,44 DM, seine Auslagen sind auf 150,00 DM festgesetzt.

3500 Kassel, 18. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 65

### 2582

5 N 21/82 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Herrn Philipp Kratz, 3575 Kirchhain-Großseelheim**, wird zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf

Mittwoch, den 8. August 1990, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht 3575 Kirchhain, Saal 116.

3575 Kirchhain, 12. 6. 1990 Amtsgericht

### 2583

9 N 4/90 — **Beschluß:** In der Konkursache gegen die **Firma WID Wirtschafts-Informations-Dienst GmbH, mit Sitz in Eppstein, derzeitige Postanschrift Wächtersbacher Straße 89, 6000 Frankfurt am Main 61**, vertreten durch die Geschäftsführerin **Frau Helga Steinberger, Altkönigblick 10, 6239 Eppstein 3**, wird zur Sicherung der Masse angeordnet:

Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot).

Zur weiteren Sicherung der Masse wird außerdem die Sequestration des Geschäftsbetriebes der Schuldnerin angeordnet.

Zum Sequester wird Rechtsanwalt **Bernhard Hembach, Stiftstraße 22, 6000 Frankfurt am Main** bestellt.

6240 Königstein im Taunus, 12. 6. 1990 Amtsgericht

### 2584

7 N 13/90: Über das Vermögen der **Firma Heenes und Jost Baudekoration, Bachgasse 5, 6070 Langen**, persönlich haftender Gesellschafter **Karl Jost, Malermeister, 6072 Dreieich, Luisenstraße 9**, ist am 11. Juni 1990, 10.25 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Ulrich Köster, Weinbergstraße 2, 6090 Rüsselsheim**, Tel. 0 61 42 / 6 10 47.

Konkursforderungen sind bis 15. August 1990, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

20. Juli 1990, 11.00 Uhr; und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

21. September 1990, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. August 1990 anzeigen.

6070 Langen, 12. 6. 1990 Amtsgericht

### 2585

7 N 11/88: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Tolomea Psoriasis und medizinische Bäder GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführer **Stefan Holz** und **Klaus Günter Holz**, beide **Stieglitzstraße 21, 6078 Neu-Isenburg**, ist zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse Termin bestimmt auf

20. Juli 1990, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20.

6070 Langen, 11. 6. 1990 Amtsgericht

**2586**

7 N 25/90: Konkursantragsverfahren betr. **Misiroglu GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer **Ali Onal**, Am Fleckenberg 9, 6250 Limburg a. d. Lahn.

Der Schuldnerin ist am 11. Juni 1990 verbotten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 18. 6. 1990

Amtsgericht

**2587**

42 N 77/84 (Amtsgericht Hanau): In dem Konkursverfahren **Firma Pintsch Oel GmbH** sind mit rechtskräftigem Abschluß des Verwaltungsrechtsstreites BVerwG 7 C 35.87 mit dem Rechtsverlust der div. Rechtsstreite sowohl Forderungsausfälle zugunsten der Konkursmasse zu verzeichnen als auch zusätzliche Masseverbindlichkeiten gemäß §§ 58 f. KO abzudecken, die aus dem Guthaben des Konkurs hinterlegungskontos nicht mehr in vollem Umfange finanziert werden können.

Nach Feststellung der Masseunzulänglichkeit kann demgemäß eine Ausschüttung an die Massegläubiger (Masseschulden und -kosten) nur in der Rangfolge des § 60 KO erwartet werden.

Soweit Massesforderungen bisher noch nicht in die Masseschuldtabelle aufgenommen werden konnten, werden hiermit die Massegläubiger aufgefordert, ihre Forderungen spätestens in drei Wochen beim Konkursverwalter anzumelden; eine Ausschüttung aus der Konkursmasse nach Rangfolge gemäß § 60 KO ist erst möglich, sobald

— die übrige Masseverwertung als abgeschlossen anzusehen ist und

— das Verfahren gemäß § 204 KO eingestellt wird.

6457 Maintal 2, 3. 6. 1990

Der Konkursverwalter  
Kneller  
Rechtsanwalt

**2588**

7 N 17/89: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 30. März 1989 verstorbenen **Kaufmanns Wilhelm Becker**, Untergasse 9, 3550 Marburg, wird nach Schlußtermin aufgehoben, § 163 KO.

3550 Marburg, 8. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 7

**2589**

7 N 137/85 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Soft Clean Pelzreinigungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Bieherer Straße 167, 6050 Offenbach am Main, vertreten durch den Geschäftsführer **Wolfgang Völker**, Am Seidenhof 19, 8390 Passau, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Gegenstände und Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf

Dienstag, 14. August 1990, 8.30 Uhr, Raum 824, 2. Stock, Gerichtsgebäude D, Luisenstraße 16, 6050 Offenbach am Main.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 15 356,65 DM, die baren Auslagen auf 284,— DM zzgl. 14% Umsatzsteuer festgesetzt.

6050 Offenbach am Main, 8. 6. 1990

Amtsgericht

**2590**

4 N 9/90 — **Beschluß**: Über das Vermögen der **Martina Belfer**, Zum Stadttor 15, 6393 Wehrheim 1, ist am 12. Juni 1990, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Wolfgang Hofmann**, Diethenhäuser Straße 9, 6292 Weilmünster 1.

Konkursforderungen sind bis zum 19. Juli 1990 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden (2fach).

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 und 204 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 26. Juli 1990, 14.30 Uhr; und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderung:

Donnerstag, 26. Juli 1990, 14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in 6390 Usingen, Weilburger Straße 2, I. Stockwerk, Zimmer 16 A.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 13. Juli 1990 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet, ausgenommen sind Sendungen des Konkursgerichts, der Staatsanwaltschaft und des Konkursverwalters.

6390 Usingen, 12. 6. 1990

Amtsgericht

**2591**

N 4/77: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Technocel GmbH u. Co. KG** in **Battenberg** findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Verfügbar ist ein Massebestand von 125 647,06 DM zuzüglich Zinsen. Davon gehen noch das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie restliche Gerichtskosten ab. Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 106 640,32 DM und nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 1 580 920,54 DM.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Frankenberg (Eder), Aktenzeichen N 4/77 niedergelegt worden.

3552 Wetter, 18. 6. 1990

Der Konkursverwalter  
Görgens  
Rechtsanwalt

**2592**

5 N 3/90: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Thielmann GmbH & Co. KG** reicht die Konkursmasse zur vollständigen Befriedigung aller Massegläubiger nicht aus.

6330 Wetzlar, 20. 6. 1990

Der Konkursverwalter  
Ache, Rechtsanwalt

**2593**

62 N 10/87 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 27. Dezember 1986 in Wiesbaden-Dotzheim verstorbenen, zuletzt in **Wiesbaden, Bierstadter Straße 52, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Helmut Wilhelm Karl Diener**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf

Donnerstag, den 30. August 1990, 9.00 Uhr, Zimmer 412, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger zur Erstattung der Auslagen und Festsetzung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters einschließlich Auslagen und Mehrwertsteuer ausgleich wird auf 57 228,95 DM (siebenundfünfzigtausendzweihundertachtundzwanzig 95/100) festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 5. 6. 1990

Amtsgericht, Abt. 62

**2594**

62 N 95/85 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **VAD Video- und Audio-Dienst Wiesbaden GmbH, Ostring 7, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt**, wird die Gläubigerversammlung auf

Montag, den 23. Juli 1990, 14.00 Uhr, auf Saal 412 des Amtsgerichts, Nebenstelle Moritzstraße 5, einberufen.

Tagesordnung:

- 1) Bericht des Konkursverwalters,
- 2) Prüfung nachgemeldeter Forderungen,
- 3) Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
- 4) Vergütung des Konkursverwalters,
- 5) Einstellung mangels Masse.

6200 Wiesbaden, 11. 6. 1990

Amtsgericht, Abt. 62

**2595**

62 N 184/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen **VfG Verband für freiberuflich Tätige und Gewerbetreibende e. V., Bahnhofstraße 43, 6200 Wiesbaden**, Az. 62 N 184/85 Amtsgericht Wiesbaden, steht Schlußtermin am 16. August 1990, 9.30 Uhr, Saal 412, Amtsgericht Wiesbaden an. Auf die festgestellten Forderungen in Höhe von 136 841,48 DM ist die Konkursmasse in Höhe von ca. 20 000,— DM zu verteilen.

6200 Wiesbaden, 18. 6. 1990

Der Konkursverwalter  
Barenberg  
Rechtsanwalt

**2596**

62 N 173/89: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Rechtsanwalts und Notars Wolf-Dieter van der Velde, Wilhelmstraße 62 a, 6200 Wiesbaden**, besteht Masseunzulänglichkeit.

6200 Wiesbaden, 19. 6. 1990

Der Konkursverwalter  
Dieter Rosenkranz  
Rechtsanwalt

**2597**

62 N 99/90: Über den Nachlaß der am 17. 4. 1990 in Wiesbaden verstorbenen **Doris Irmgard Kuebart**, zuletzt wohnhaft **Emser Straße 17 a, 6200 Wiesbaden**, wird heute, Freitag, den 15. Juni 1990, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Dieter Rosenkranz**, Bahnhofstraße 37, 6200 Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis 2. August 1990. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 2. August 1990.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Donnerstag, 16. August 1990, 9.00 Uhr, Zimmer 412 (Nebengebäude Moritzstraße 5).

6200 Wiesbaden, 15. 6. 1990

Amtsgericht

**2598**

62 N 90/90: Konkursantragsverfahren betreffend Firma **KRAMER-CHEMIE GmbH, Humboldtstraße 21, Wiesbaden**, vertreten durch den Geschäftsführer Rudolf H. Simon.

Der Schuldnerin ist am 18. Juni 1990 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

**6200 Wiesbaden, 18. 6. 1990 Amtsgericht**

**2599**

6 N 14/89: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Sitta-Moden Fertigungsgesellschaft mbH, Sitz Hohenrod 1, 3501 Ernstal-Balhorn**, ist Schlußtermin anberaumt auf

Donnerstag, den 9. August 1990, 14.15 Uhr, im Sitzungssaal des Amtsgerichts Wolfhagen, Gerichtsstraße 5.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Schlußverteilung zu berücksichtigenden Forderungen und der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

**3549 Wolfhagen, 11. 6. 1990 Amtsgericht**

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**2600**

K 33/89: Das im Grundbuch von Alsfeld, Bezirk Alsfeld, Band 169, Blatt 6970, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Alsfeld, Flur 4, Flurstück 14/15, Gebäude- und Freifläche, An der Sandkaute, Größe 11,87 Ar,

soll am Freitag, dem 17. August 1990, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Amthof 12, Alsfeld, Zimmer 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 12. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Uta Rustemeyer geb. Woop, Zum Weingarten 2, 4950 Minden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

380 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6320 Alsfeld, 6. 6. 1990 Amtsgericht**

**2601**

3 K 21/89: Das im Grundbuch von Mengerhausen, Band 38, Blatt 1107, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Mengerhausen, Flur 1, Flurstück 9/1, Hof- und Gebäudefläche, Landstraße 64 und 66, Größe 46,92 Ar, soll am Mittwoch, dem 15. August 1990, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 3. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Margarete Rothe geb. Püttmann.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 000 000,— DM.

Im Termin am 29. November 1989 ist der Zuschlag aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**3548 Arolsen, 12. 6. 1990 Amtsgericht**

**2602**

8 K 7/89: Der im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Okarben, Band 40, Blatt 1533, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1: 67 266/1 000 000 (siebenundsechzigtausendzweihundertsechundsechzig Millionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Okarben, Flur 2, Nr. 92/56, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 9, Größe 9,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnung, Erdgeschoß Mitte links;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1532, 1534 bis 1547) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter, sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger; im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 8. Dezember 1971 Bezug genommen; eingetragen am 1. März 1972;

soll am Freitag, dem 24. August 1990, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Friedrich-Ebert-Straße 28, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 1. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Rolf König Immobilien GmbH & Co. Karben in Konkurs (AG Bad Vilbel, 1 N 53/87).

Beschlagnahme: 26. Januar 1989.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6368 Bad Vilbel, 5. 6. 1990 Amtsgericht**

**2603**

4 K 34/89: Das im Grundbuch von Bensheim, Band 291, Blatt 10 674, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bensheim, Flur 1, Flurstück 884/3, Hof- und Gebäudefläche, Hügelstraße 26, Größe 2,73 Ar,

soll am Mittwoch, dem 22. August 1990, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 12. 7. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heidemarie Lohmüller geb. Koch, Zwingenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

260 000,— DM.

In dem Termin gelten die Beschränkungen der §§ 74 a, 85 a ZVG.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6140 Bensheim, 18. 6. 1990 Amtsgericht**

**2604**

4 K 69/89: Der im Grundbuch von Heppenheim, Band 198, Blatt 8979, eingetragene halbe Anteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Heppenheim, Flur 25, Flurstück 248/1, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 80, Größe 3,21 Ar, soll am Mittwoch, dem 22. August 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 12. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerd Gerbig, Ilvesheim, — zur Hälfte —,

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 182 500,— DM für den halben Anteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6140 Bensheim, 18. 6. 1990 Amtsgericht**

**2605**

3 K 68/88: Der im Grundbuch von Schaaheim, Blatt 2427, eingetragene Grundbesitz, halber Miteigentumsanteil an dem Grundstück Schaaheim, Flur 3, Flurstück 470, Hof- und Gebäudefläche, Schlesienstraße 17, Größe 7,74 Ar,

soll am Montag, dem 24. September 1990, 13.30 Uhr, Saal 110, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 10. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang Kratz, Schaaheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 218 000,— DM für den halben Miteigentumsanteil.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71 / 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6110 Dieburg, 18. 6. 1990 Amtsgericht**

**2606**

8 K 11/90: Das im Grundbuch von Donsbach, Band 50, Blatt 1686, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 62, Flurstück 7026/7, Bau- platz, Hölle, Größe 12,52 Ar,

soll am Mittwoch, dem 29. August 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Saal 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 3. 1990 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Sawitzki, Ursula, geb. Weber, Mühlstraße 11, 6340 Dillenburg-Donsbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 62, Flurstück 7026/7 auf

43 820,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6340 Dillenburg, 7. 6. 1990** **Amtsgericht**

### 2607

8 K 6/89: Das im Grundbuch von Dillenburg, Band 137, Blatt 4496, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 56, Flurstück 130/4, Bau- platz, in den Thalen, Größe 7,17 Ar, soll am Mittwoch, dem 26. September 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Saal 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 4. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Theis, Hans-Joachim,  
b) Theis, Vera, geb. Schneider, beide in den Thalen 21, 6340 Dillenburg, — je zur Hälfte —

Durch Beschluß vom 27. September 1989 ist der Zuschlag gemäß § 74 a ZVG versagt worden. Auf die Rechtsfolgen des § 74 a Abs. 4 ZVG wird hingewiesen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 56, Flurstück 130/4 auf

634 690,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6340 Dillenburg, 13. 6. 1990** **Amtsgericht**

### 2608

3 K 1/90: Das im Grundbuch von Rauenthal, Bezirk Rauenthal, Band 48, Blatt 1310, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rauenthal, Flur 30, Flurstück 144, Geringsland, in der Rotheck, Größe 17,65 Ar,

soll am Mittwoch, dem 5. September 1990, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Saal 11, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 2. 1990 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Werner Müller, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

2 118,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6228 Eltville am Rhein, 12. 6. 1990** **Amtsgericht**

### 2609

2 K 48/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Allendorf/Hardtberg, Band 9, Blatt 225,

Gemarkung Allendorf, Flur 7, Flurstück 26/2, Hof- und Gebäudefläche, im Wäldchen 7, Größe 8,66 Ar,

soll am Dienstag, dem 18. September 1990, 14.30 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, 3558 Frankenberg (Eder), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Krah, Heinz, geboren am 25. 12. 1938,  
Krah, geb. Glöser, Anita, geboren am 6. 4. 1940, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

227 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**3558 Frankenberg (Eder), 28. 5. 1990** **Amtsgericht**

### 2610

2 K 42/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Halgehausen, Band 6, Blatt 166,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Halgehausen, Flur 2, Flurstück 39, Ackerland, die Heinbergsäcker, Unland (Gebüsch), Größe 467,58 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Halgehausen, Flur 3, Flurstück 30/3, Grünland, am Steinbühl, Hutung, Hutung (Obstbau), Holzung, Unland (Gebüsch), Größe 188,55 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Halgehausen, Flur 4, Flurstück 15, Grünland, die Teichwiese, Größe 119,83 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Halgehausen, Flur 6, Flurstück 28, Hof- und Gebäudefläche, Schweinfeststraße 7, Größe 23,33 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Halgehausen, Flur 7, Flurstück 15, Ackerland, Richelsgrund, Größe 197,37 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Halgehausen, Flur 7, Flurstück 53, Ackerland, das Kiesfeld, Größe 50,90 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Halgehausen, Flur 3, Flurstück 27/1, Ackerland, Die Mühlenäcker, Größe 353,08 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Halgehausen, Flur 7, Flurstück 54, Ackerland, Das Kiesfeld, Größe 121,55 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Halgehausen, Flur 7, Flurstück 52, Ackerland, Das Kiesfeld, Größe 120,34 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Halgehausen, Flur 7, Flurstück 67/1, Landwirtschaftsfläche, Am Weinberg, Größe 178,73 Ar,

soll am Mittwoch, dem 29. August 1990, 10.00 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, 3558 Frankenberg (Eder), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 1. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Landwirt Peter Reinhard Schween in Haina (Kloster), OT Halgehausen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 1 auf	106 000,— DM,
Grundstück Nr. 3 auf	17 000,— DM,
Grundstück Nr. 4 auf	24 000,— DM,
Grundstück Nr. 5 auf	283 000,— DM,
Grundstück Nr. 6 auf	45 000,— DM,
Grundstück Nr. 7 auf	12 000,— DM,
Grundstück Nr. 10 auf	81 000,— DM,
Grundstück Nr. 12 auf	36 000,— DM,
Grundstück Nr. 13 auf	36 000,— DM,
Grundstück Nr. 14 auf	41 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**3558 Frankenberg (Eder), 25. 5. 1990** **Amtsgericht**

### 2611

84 K 325/88: Die im Grundbuch-Bereich 11 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 21, Blatt 653, eingetragene ideelle Hälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 1, Flur 118, Flurstück 87/50, Hof- und Gebäudefläche, Gärtnerweg 48, Größe 4,17 Ar,

soll am Dienstag, dem 16. Oktober 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 12. 1988 (Versteigerungsvermerk):

Arnold Sauerbier in Idstein/Taunus, — zur Hälfte —

Der Wert der ideellen Hälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

538 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6000 Frankfurt am Main, 7. 6. 1990** **Amtsgericht, Abt. 84**

### 2612

K 48/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bönstadt, Band 26, Blatt 1105,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bönstadt, Flur 1, Flurstück 169/2, Hof- und Gebäudefläche, Viehweg 5, Größe 4,47 Ar,

soll am Freitag, dem 17. August 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 9. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Walter Erwin Huber, 6479 Ranstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6360 Friedberg (Hessen), 18. 6. 1990** **Amtsgericht**

### 2613

5 K 17/89: Das im Grundbuch von Lütter, Band 22, Blatt 648, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lütter, Flur 19, Flurstück 28/5, Lieg.-B. 247, Gebäude- und Freifläche, Am Märzbrunnen 1, Größe 16,78 Ar,

soll am Donnerstag, dem 20. September 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 3. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Holztechniker Mathias Fladung in Alsfeld. Der Verkehrswert ist auf 500 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 8. 6. 1990** **Amtsgericht**

### 2614

5 K 62/87: Der halbe Miteigentumsanteil des Herrn Robert Grüger an den im Grundbuch von Gersfeld-Dalherda, Band 24, Blatt 742, eingetragenen Grundstücken,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dalherda, Flur 8, Flurstück 50, Lieg.-B.-Nr. 58, Ackerland, in den Langenstrichäckern, Größe 283,44 Ar,

Wert 10 400,— DM,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Dalherda, Flur 8, Flurstück 56, Lieg.-B.-Nr. 58, Ackerland, Grünland, in den Langenstrichäckern, Größe 31,05 Ar,

Wert 2 050,— DM,

soll am Donnerstag, dem 27. September 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 7. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kraftfahrer Robert Grüger in Gersfeld/Rhön-Dalherda,

b) Krankenpfleger Manfred Jürgen Grüger in Berlin 44, — je zur Hälfte —

Der Verkehrswert des Grundstücksanteils ist wie bei den lfd. Nrn. angegeben festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

**6400 Fulda, 13. 6. 1990** **Amtsgericht**



**2615**

K 22/90: Das im Grundbuch von Bad Orb, Band 219, Blatt 8511, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Bad Orb, Flur 11, Flurstück 276, Gebäude- und Freifläche, Von-Dalberg-Straße 26, Größe 4,99 Ar,

soll am Montag, dem 27. August 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 3. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Otto Becker in Bad Orb.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

480 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 12. 6. 1990 **Amtsgericht**

**2616**

42 K 2/90: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 339, Blatt 11 846: 1 836/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

BV Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur 33, Flurstücke 121/8 und 121/9, Gebäude- und Freifläche, Römerstraße 7, Größe 19,43 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 37 der Teilungserklärung (10. Obergeschoß, ca. 75 m<sup>2</sup>),

soll am Freitag, dem 7. September 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 1. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Werner Gaden, 2960 Aurich.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

165 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2617**

42 K 8/90: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bruchköbel, Band 82, Blatt 3084,

BV Nr. 1, Gemarkung Bruchköbel, Flur 1, Flurstücke 814, Hof- und Gebäudefläche, Justus-Liebig-Straße 5, Größe 7,78 Ar,

soll am Freitag, dem 24. August 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 2. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Werner Seegers, Bruchköbel, — zu einem Viertel —,

b) Margitta Seegers geb. Poetke, daselbst, — zu einem Viertel —,

c) Waldemar Paul Poetke, daselbst, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

700 000,— DM für BV Nr. 1.

Auf Antrag der Antragsteller wird die Sache zur Feriensache erklärt (§ 200 Abs. 3 GVG).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2618**

42 K 177/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ostheim, Band 75, Blatt 2574,

BV Nr. 1, Gemarkung Ostheim, Flur 21, Flurstücke 439/81, Gebäude- und Freifläche, Schinnergasse 14, Größe 3,47 Ar,

BV Nr. 2, Gemarkung Ostheim, Flur 21, Flurstück 82, desgl., daselbst, Größe 0,38 Ar,

BV Nr. 3, Gemarkung Ostheim, Flur 21, Flurstück 84, desgl., daselbst, Größe 1,38 Ar,

BV Nr. 4, Gemarkung Ostheim, Flur 21, Flurstück 674/83, desgl., daselbst, Größe 1,58 Ar,

soll am Dienstag, dem 11. September 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 1. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Wegmann, Karl,

b) Wegmann geb. Mohr, Christel,

c) Wegmann, Markus, sämtlich Neuberg 2, — zu a) bis c) je zu einem Drittel —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

750 000,— DM für BV Nrn. 1—4.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 12. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2619**

42 K 127/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Roßdorf, Band 63, Blatt 2085, halber Anteil an

BV Nr. 1, Gemarkung Roßdorf, Flur 17, Flurstück 36, Hof- und Gebäudefläche, Schießstraße 2, Größe 2,42 Ar,

BV Nr. 2, Gemarkung Roßdorf, Flur 17, Flurstück 38, desgl., daselbst, Größe 4,84 Ar,

BV Nr. 3, Gemarkung Roßdorf, Flur 17, Flurstück 37, Hofraum, daselbst, Größe 2,35 Ar,

soll am Donnerstag, dem 13. September 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 9. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Reinhard Heck, Bruchköbel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM für den halben Anteil an BV Nrn. 1—3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 12. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2620**

42 K 139/88, 42 K 80/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Langendiebach, Band 138, Blatt 4286,

BV Nr. 1, Gemarkung Langendiebach, Flur 25, Flurstück 4/2, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Zum Fliegerhorst 3, Größe 10,75 Ar,

BV Nr. 2, Gemarkung Langendiebach, Flur 25, Flurstück 4/3, desgleichen, Zum Fliegerhorst 1, Größe 19,12 Ar,

BV Nr. 3, Gemarkung Langendiebach, Flur 25, Flurstück 4/4, desgleichen, Zum Fliegerhorst 1, Größe 20,08 Ar,

soll am Dienstag, dem 18. September 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 1./24. 4. 1989 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

„Günter“ Fritz Franz Koppenstedt, geb. 18. 2. 1932, 6455 Erlensee.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 175 000,— DM für BV Nr. 1; 930 000,— DM für BV Nr. 2; 500 000,— DM für BV Nr. 3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 15. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2621**

42 K 147/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Groß-Steinheim, Band 131, Blatt 4559,

BV Nr. 1: 2/3 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Groß-Steinheim, Flur 4, Flurstücke 25/2 und 25/3, Gebäude- und Freifläche, Darmstädter Straße 181, Größe 6,00 Ar und 20,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 1 des Aufteilungsplanes (Vorderhaus); im übrigen nach dem Inhalt des Grundbuchs; Sondernutzungsrechte an Gartenflächen,

soll am Dienstag, dem 4. September 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Achleitner, Klaus,

b) Achleitner, Ella „Ellen“, geb. Schlosser, beide Hanau 7, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

500 000,— DM für BV Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 18. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2622**

42 K 148/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Groß-Steinheim, Band 131, Blatt 4560,

BV Nr. 1: 1/3 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Groß-Steinheim, Flur 4, Flurstücke 25/2 und 25/3, Gebäude- und Freifläche, Darmstädter Straße 181, Größe 6,00 Ar und 20,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 2 des Aufteilungsplanes (Hinterhaus); im übrigen nach dem Inhalt des Grundbuchs; Sondernutzungsrechte an Gartenflächen,

soll am Dienstag, dem 4. September 1990, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Achleitner, Klaus,

b) Achleitner, Ella „Ellen“, geb. Schlosser, beide Hanau 7, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

60 000,— DM für BV Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 18. 6. 1990 **Amtsgericht, Abt. 42**

**2623**

K 2/90: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Calden, Band 37, Blatt 1143,

Gemarkung Calden, Flur 23, Flurstück 31/7, Grünland, Heckenweg, Größe 6,88 Ar, soll am Mittwoch, dem 15. August 1990, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude



Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 1. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Heinz Warnecke, 3527 Calden.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

37 840,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 12. 6. 1990 Amtsgericht**

## 2624

64 K 2/90: Das im Grundbuch von Wellerode, Band 62, Blatt 2072, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wellerode, Flur 3, Flurstück 640/28, Gebäude- und Freifläche, An der Söhrebahn 34, Größe 13,51 Ar,

soll am Dienstag, dem 4. September 1990, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite), Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 3. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Umbach, Volker,  
b) Umbach, geb. Claar, Angelika, Söhrewald, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a V ZVG:

280 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 1. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 64**

## 2625

64 K 21/90: Das im Grundbuch von Heiligenrode, Band 111, Blatt 3147, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heiligenrode, Flur 15, Flurstück 129/3, Gebäude- und Freifläche, Auf dem Opferhof 19, Größe 4,27 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Oktober 1990, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite), Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 2. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Batz, Elisabeth, geb. Pfannkuch, Kaufungen,  
b) Kiehlborn, Anna Maria Hildegard, geb. Pfannkuch, Niestetal, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a V ZVG:

152 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 7. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 64**

## 2626

9 K 34/89: Folgendes Teileigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Soden, Band 149, Blatt 4371,

lfd. Nr. 1: 20/1000 Miteigentumsanteil an dem vereinigten Grundstück,

Flur 2, Flurstück 205/1, Hof- und Gebäudefläche, Kronberger Straße 5, Größe 34,23 Ar,

Flur 2, Flurstück 205/3, Hof- und Gebäudefläche, Kronberger Straße 5, Größe 0,18 Ar,

Flur 2, Flurstück 205/2, Hof- und Gebäudefläche, Kronberger Straße 5, Größe 0,46 Ar,

Flur 2, Flurstück 205/4, Hof- und Gebäudefläche, Kronberger Straße 5, Größe 0,26 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Laden Nr. 2 des Aufteilungsplanes (Büro oder Laden: 4 Kellerräume = 90,6 qm + 1 Raum im EG = 97,6 qm),

soll am Dienstag, dem 28. August 1990, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Georg und Gunthilde Oppermann, in Mainz, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

560 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6240 Königstein im Taunus, 1. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 9**

## 2627

9 K 45/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Schloßborn, Band 48, Blatt 1612,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schloßborn, Flur 3, Flurstück 345, Hof- und Gebäudefläche, Lerchenweg 6, Größe 8,85 Ar,

soll am Dienstag, dem 4. September 1990, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 5. 1988/27. 9. 1989 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Herbert Brüggemann und Hannelore Brüggemann geb. Paditzky, in Weiterstadt, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

780 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6240 Königstein im Taunus, 6. 6. 1990 Amtsgericht, Abt. 9**

## 2628

1 K 21/89: Das im Grundbuch von Marienhagen, Band 13, Blatt 451, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marienhagen, Flur 7, Flurstück 83/19, Freifläche, Herzhäuser Straße 18, Größe 7,69 Ar,

soll am Freitag, dem 31. August 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hagenstraße 2, 3540 Korbach, Raum 132, I. Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dr. Heinz Nürnberg, Seestraße 96, 1000 Berlin 65.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

23 764,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3540 Korbach, 11. 6. 1990 Amtsgericht**

## 2629

K 38/88: Das im Grundbuch von Hofheim, Band 66, Blatt 3115, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hofheim, Flur 4, Flurstück 292, Hof- und Gebäudefläche, Danziger Straße 5, Größe 5,56 Ar,

soll am Montag, dem 22. Oktober 1990, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bürstädter Straße 1, Zimmer 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kohl, Friedel, Laudenbach,

b) Kohl, Hayriye, Lampertheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6840 Lampertheim, 8. 6. 1990 Amtsgericht**

## 2630

7 K 96/89: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Camberg, Band 105, Blatt 3414,

lfd. Nr. 1: 345/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Bad Camberg, Flur 20, Flurstück 106/6, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 39, Größe 27,21 Ar,

Bad Camberg, Flur 20, Flurstück 111/25, Weg, Limburger Straße, Größe 1,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4 (I. Obergeschoß),

soll am Dienstag, dem 14. August 1990, 14.00 Uhr, Raum 31, I. Stock, im Gerichtsgebäude A, Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dr. Werner Hansis, geb. 25. 4. 1943, in 7000 Stuttgart, Gaisburgstraße 7.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

249 680,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 30. 5. 1990 Amtsgericht**

## 2631

7 K 108/89: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Camberg, Band 105, Blatt 3429,

lfd. Nr. 1: 359/10 000 (dreihundertneundfünfzig Zehntausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Camberg, Flur 20, Flurstück 106/6, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 39, Größe 27,21 Ar,

Camberg, Flur 20, Flurstück 111/25, Weg, Limburger Straße, Größe 1,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 19 (Erdgeschoß: Laden Nr. 4),

soll am Dienstag, dem 14. August 1990, 14.00 Uhr, Raum 31, I. Stock, im Gerichtsgebäude A, Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dr. Werner Hansis, geb. 25. 4. 1943, in 7000 Stuttgart, Gaisburgstraße 7.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

246 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 30. 5. 1990 Amtsgericht**

## 2632

7 K 107/89: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Camberg, Band 105, Blatt 3428,

lfd. Nr. 1: 355/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Camberg, Flur 20, Flurstück 106/6, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 39, Größe 27,21 Ar,

Camberg, Flur 20, Flurstück 111/25, Weg, Limburger Straße, Größe 1,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 18 (Erdgeschoß; Laden Nr. 3),

soll am Mittwoch, dem 15. August 1990, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude A, Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Weber, Hans, geb. 14. 7. 1943, in 3551 Lahntal-Caldern, An der Lahnbrücke 4.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

245 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 2. 6. 1990

Amtsgericht

### 2633

7 K 97/89: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Camberg, Band 105, Blatt 3415,

lfd. Nr. 1: 345/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Camberg, Flur 20, Flurstück 106/6, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 39, Größe 27,21 Ar,

Camberg, Flur 20, Flurstück 111/25, Weg, Limburger Straße, Größe 1,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5 (I. Obergeschoß),

soll am Mittwoch, dem 15. August 1990, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude A, Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 11. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Weber, Hans, geb. 14. 7. 1943, in 3551 Lahntal-Caldern, An der Lahnbrücke 4.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

249 680,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 2. 6. 1990

Amtsgericht

### 2634

7 K 28/89: Die im Grundbuch von Ilshausen, Band 4, Blatt 94, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ilshausen, Flur 2, Flurstück 124/10, Hof- und Gebäudefläche, im Dorfe, Haus Nr. 13, Größe 1,76 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ilshausen, Flur 2, Flurstück 10/2, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, im Dorf, Haus Nr. 13, Größe 22,80 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Ilshausen, Flur 2, Flurstück 10/3, Hofraum, im Dorf, Haus Nr. 13, Größe 0,99 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Ilshausen, Flur 2, Flurstück 9/1, Hofraum, im Dorfe, Haus Nr. 13, Größe 0,25 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 13. September 1990, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 5. 1989

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerhard Krug, Dorfstraße 13, 3557 Ebsdorfergrund.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 245 000,— DM als wirtschaftliche Einheit.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 7. 6. 1990

Amtsgericht

### 2635

1 K 38/88: Das im Grundbuch von Gettenau, Bezirk Nidda, Band 27, Blatt 1383, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Gettenau, Flur 3, Flurstück 77/4, Bauplatz, Taunusstraße 24, Größe 6,24 Ar,

soll am Montag, dem 10. September 1990, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda 1, Raum 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Georg Hill (verstorben), Rechtsnachfolgerin: Dagmar Scheer, Im Alten Feld 2, 5060 Bergisch-Gladbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

59 280,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 15. 6. 1990

Amtsgericht

### 2636

1 K 30/89: Das im Grundbuch von Ober-Schmitt, Bezirk Nidda, Band 28, Blatt 1266, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Ober-Schmitt, Flur 1, Flurstück 369/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofsweg 5, Größe 6,89 Ar,

soll am Montag, dem 27. August 1990, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6478 Nidda 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 10. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Abt. I Nr. 2 a: May, Arthur,

b: May-Steuermagel geborene May, Angelika, beide Friedhofsweg 5, 6478 Nidda-Ober-Schmitt, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

357 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 18. 6. 1990

Amtsgericht

### 2637

7 K 189/88: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll der im Wohnungsgrundbuch von Dietzenbach, Band 209, Blatt 7503, eingetragene 3,83/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Dietzenbach, Flur 11, Flurstück 369/9, LB 4174, Hof- und Gebäudefläche, Starkenburgring 17—27, Größe 154,54 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. A 1/2 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte, am Dienstag, dem 14. August 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 1. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Rüdiger Masch,

2. Hannelore Masch geb. Wolf, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

159 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 7. 6. 1990

Amtsgericht

### 2638

7 K 80, 83—86/89: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Mühlheim, Band 158, Blatt 5854, eingetragene halbe Miteigentumsanteil an folgenden in der Gemarkung Mühlheim gelegenen Grundstücken:

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 936, Ackerland, in der Leimenkaute, Größe 2,88 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurstück 937, Ackerland, daselbst, Größe 2,87 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 4, Flurstück 144, Ackerland, die Heidenfeldgewann, Größe 5,37 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 4, Flurstück 145, Ackerland, daselbst, Größe 5,38 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 1, Flurstück 930/1, Ackerland, in der Leimenkaute, Größe 18,08 Ar,

am Mittwoch, dem 19. September 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Miteigentümer am 21. 8. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Jürgen Rainer Bittner, Rechtsanwalt, in 6074 Rödermark, — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 440,— DM für Flurstück 936; 1 435,— DM für Flurstück 937; 8 055,— DM für Flurstück 144; 8 070,— DM für Flurstück 145 und 9 040,— DM für Flurstück 930/1, jeweils für den halben Miteigentumsanteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 7. 6. 1990

Amtsgericht

### 2639

7 K 8/90: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Neu-Isenburg, Band 351, Blatt 11 811, eingetragene 454,56/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 25, LB 3836, Flurstück 167/3, Gebäude- und Freifläche, Meisenstraße 4, Größe 12,76 Ar,

Flurstück 167/4, Gebäude- und Freifläche, Meisenstraße 2, Größe 15,16 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 9 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Donnerstag, dem 20. September 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 2. 1990 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinz G. Dahmer, 6078 Neu-Isenburg 2.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

245 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 7. 6. 1990

Amtsgericht

### 2640

7 K 106/89: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Mühlheim, Band 166, Blatt 6099, eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück,

Gemarkung Mühlheim, Flur 12, Flurstück 737/11, Hof- und Gebäudefläche, Büttner Straße 43, Größe 2,64 Ar,

für die Zeit vom 1. 4. 1952 bis 31. 3. 2027 (das Erbbaugrundstück ist eingetragen Gemarkung Mühlheim, Band 173, Blatt 6312, lfd. Nr. 56),

am Donnerstag, dem 23. August 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 11. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Peter Werner und Christa Menzel, Mühlheim am Main, — je zur Hälfte —

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 13. 6. 1990

Amtsgericht

**2641**

1 K 1/90: Das im Grundbuch von Rüdesheim, Bezirk Rüdesheim, Band 81, Blatt 2880, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 523/100, Hof- und Gebäudefläche, Reinhard-Reichenbach-Straße 15, Größe 3,82 Ar,

soll am Freitag, dem 7. September 1990, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 9, Raum 15, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 1. 1990

(Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Heinrich Braun, Rüdesheim am Rhein,
  - b) Ingrid Kreuzberger geb. Braun, Rüdesheim am Rhein,
  - c) Margarete Braun, Plön,
- in Erbengemeinschaft bzgl. eines halben Anteils und bezüglich eines weiteren halben Anteils in Erbengemeinschaft zusammen mit a).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

435 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6220 Rüdesheim am Rhein, 15. 6. 1990

Amtsgericht

**Andere Behörden und Körperschaften**

**Eigenbetrieb „Umlandverband Frankfurt — Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung“**

hier: Bekanntmachung der Vertretungsberechtigung

1. Für den Eigenbetrieb „Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung — Umlandverband Frankfurt“ sind

Herr Erster Betriebsleiter Dr.-Ing. Henner Frei,  
Herr Techn. Betriebsleiter Wolfgang Herold und  
Herr Kaufm. Betriebsleiter Norbert Hofmann

a) im Rahmen der laufenden Betriebsführung für Geschäfte bis zu einem Wert von 10 000,— DM im Einzelfall gemeinsam vertretungsbefugt.

Die Mitzeichnung beim Ersten Betriebsleiter erfolgt durch den Technischen Betriebsleiter bzw. bei dessen Verhinderung durch den Kaufmännischen Betriebsleiter. Bei Verhinderung des Ersten Betriebsleiters unterzeichnen der Technische und der Kaufmännische Betriebsleiter gemeinsam.

b) Für Geschäfte bis zu einem Betrag von 5 000,— DM im Einzelfall ist jeder der drei Betriebsleiter allein vertretungsbefugt.

Darüber hinaus gelten die für den Umlandverband Frankfurt getroffenen Vertretungsregelungen.

2. Die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1988 in dieser Angelegenheit wird aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 11. Juni 1990

Der Verbandsausschuß  
Dr. Behrendt  
Verbandsdirektor

**Öffentliche Ausschreibungen**

**ESCHBORN: Öffentlicher Teilnahmewettbewerb für beschränkte Ausschreibung.** Für die Sanierung der Regelanlagen der vorhandenen Lüftungs-, Klima- und Heizungsanlage in der Stadthalle Eschborn, Rathausplatz 34, 6236 Eschborn, sollen die Sanierungsmaßnahmen durch beschränkte Ausschreibung vergeben werden.

Es ist vorgesehen, die vorhandenen Systeme zu Digital-Direkt-Controll (DDC) und Zentrale-Leit-Technik (ZLT) auszubauen.

Leistungsfähige Unternehmen, die am Wettbewerb teilnehmen wollen, werden gebeten, dieses anzuzeigen bei:

Magistrat der Stadt Eschborn,  
Bauamt/Hochbau,  
Postfach 59 80,  
6236 Eschborn.

Die Bewerbung muß bei der vorgenannten Stelle bis zum 16. Juli 1990 eingegangen sein.

Der Behörde nicht bekannte Bewerber werden gebeten, Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können.

Bei Zuschlagserteilung ist eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10% der Brutto-Auftragssumme zu hinterlegen.

Ein Anspruch auf Beteiligung an der vorgesehenen beschränkten Ausschreibung besteht nicht.

6236 Eschborn, 18. Juni 1990

Bauamt/Hochbau

**Magistrat der Stadt Frankfurt am Main**

Straßenbauamt  
Große Friedberger Straße 7-11  
6000 Frankfurt am Main 1

Öffentliche Ausschreibung von Brückenbauarbeiten

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main schreibt für das Bauvorhaben — **Grundhafte Erneuerung der Friedensbrücke** — die Herstellung und den Abbau einer Behelfsbrücke (L ca. 300 m, für 2 Kfz-Spuren, 1 Straßenbahnspur und 1 seitlich angehängten Geh- und Radweg), den Abbruch des Überbaues der derzeitigen Friedensbrücke (L ca. 290 m, B 30 m), die Herstellung eines neuen Überbaues (L ca. 290 m, B 30 m), die Reinigung und die teilweise Instandsetzung von Natursteinmauerwerk der Unterbauten und Ufermauern sowie die Erneuerung der vier Treppenanlagen mit folgendem wesentlichen Leistungsumfang öffentlich aus:

**Behelfsbrücke**

56 St. Großbohrpfähle Ø 120, L je ca. 10 m, für Anprallschutz der Strompfeiler einschl. ca. 350 t Stahlrohre Ø 660

36 St. Großbohrpfähle Ø 150, L je ca. 12 m, (20 St. Landbereich, 16 St. Flußbereich) für Brücken-gründung einschl. ca. 160 t Profilstahl

ca. 700 t Profilstahl für Überbau; davon vorh. ca. 500 t Überbauteile der Alten Flößerbrücke (SE-Brückengerät der Firma MAN)

**Überbauabbruch (je halbseitig, zeitlich versetzt) insgesamt**

ca. 8 700 m<sup>2</sup> Stahlverbundkonstruktion mit ca. 1 750 m<sup>3</sup> Stahlbeton bis B 55 (ca. 500 m<sup>3</sup> in Vorlandbereich, ca. 1 250 m<sup>3</sup> in Flußbereich) und ca. 900 t Stahlkonstruktion (ca. 200 t im Vorlandbereich, ca. 700 t im Flußbereich)

**Überbauneubau (je halbseitig, zeitlich versetzt) insgesamt**

ca. 8 700 m<sup>2</sup> Stahlverbundkonstruktion mit ca. 2 900 m<sup>3</sup> Stahlbeton B 35 (ca. 800 m<sup>3</sup> im Vorlandbereich, ca. 2 100 m<sup>3</sup> im Flußbereich) und ca. 1 800 t Stahlkonstruktion (ca. 400 t im Vorlandbereich, ca. 1 400 t im Flußbereich)

ca. 670 m<sup>3</sup> Kappenbeton B 25 LP

**Natursteinarbeiten**

ca. 1 500 m<sup>2</sup> davon ca. 1 000 m<sup>2</sup> im Vorlandbereich und ca. 500 m<sup>2</sup> im Flußbereich

**Treppenanlagen**

ca. 40 m<sup>3</sup> Granitstufen und -plattenbelag

**Eröffnungstermin:** 21. September 1990, 11.00 Uhr.

**Zuschlags- und Bindefrist:** 30. November 1990.

Firmen, die sich an dieser Ausschreibung beteiligen wollen, haben dies spätestens bis 6. Juli 1990 (Bewerbungsfrist) dem o. a. Amt mitzuteilen. Die Ausschreibungsunterlagen werden gegen Entrichtung der Selbstkosten in Höhe von 400,— DM als Abholpreis bzw. 420,— DM als Versandpreis abgegeben. Der Betrag ist auf das Konto der Stadtkasse Frankfurt am Main, Postgirokonto Nr. 2-609 (BLZ 500 100 60) beim Postgiroamt Frankfurt am Main unter Angabe der Haushaltsstelle 1-6020-1309 und der Baumaßnahme Friedensbrücke — Verd.-Nr. 4 B/90 — einzuzahlen.

Gegen Vorlage des Einzahlungsabschnittes werden die Ausschreibungsunterlagen ab 16. Juli 1990 von 8.30 Uhr bis 11.30 Uhr beim o. a. Amt, Zimmer 403 (IV. OG), ausgehändigt.

6000 Frankfurt am Main, 13. Juni 1990

Der Magistrat

# Flughafen

## Frankfurt/Main AG

FRANKFURT AM MAIN: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt am Main 75, werden folgende Arbeiten öffentlich ausgeschrieben:

**Nr. Ö 233/90: Abbruch Gebäude 138 und 139, Abbrucharbeiten**

Zur Ausführung kommen:

- ca. 3 000 m<sup>3</sup> Erdarbeiten
- ca. 300 m<sup>2</sup> Flächenbefestigung aufbrechen
- ca. 50 m Leitungssicherung
- 1 St. Trafostation abbauen
- 1 St. Teilabbruch Schmutzwasserhebeanlage

Kostenbeteiligung: 80,— DM  
 Vorgesehene Ausführungszeit: Oktober 1990 bis Januar 1991  
 Submissionstermin: Anfang August 1990  
 Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/6 90-7 02 39

**Nr. Ö 226/90: Zentrales Versorgungsgebäude Ost, Abgehängte Decken – akustische Maßnahmen**

Zur Ausführung kommen:

- ca. 330 m<sup>2</sup> Metallkassettendecke
- ca. 1 400 m<sup>2</sup> Mineralfaserdecke
- ca. 85 m<sup>2</sup> Gipskartondecke

ca. 40 m<sup>2</sup> schwere Akustikdecke  
 ca. 500 m<sup>2</sup> Dämmung Mineralfaserplatten

Kostenbeteiligung: 85,— DM  
 Vorgesehene Ausführungszeit: Februar bis März 1991  
 Submissionstermin: Anfang August 1990  
 Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/6 90-7 08 10

Schlußtermin für alle Anforderungen ist der 10. Juli 1990

Zu diesen öffentlichen Ausschreibungen werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. entsprechenden Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Kostenbeteiligung auf das Postgirokonto der FAG Nr. 441 27-600 (BLZ 500 100 60) beim Postgiroamt Frankfurt am Main eingezahlt ist.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbare Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingerecht durchgeführt wurden.

6000 Frankfurt am Main 75, 20. Juni 1990

Flughafen Frankfurt/Main AG  
 Abteilung Bau und Anlagen

## Stellenausschreibungen

Stadt  
 Offenbach  
 am Main



Offenbach am Main

Die Stadt Offenbach am Main sucht zum nächstmöglichen Termin für das Stadtplanungsamt einen/eine

# Stellvertretende/n Amtsleiter/in Bauoberrat/Bauoberrätin

– Kennziffer 3247 –

Gesucht wird ein Beamter/eine Beamtin des höheren bautechnischen Dienstes mit Abschluß als Stadtplaner/in einer TH/TU und zweiter Staatsprüfung. Notwendig sind ferner Grundkenntnisse der Architektur, Sicherheit im Planungsrecht, ein breitgefächertes Fachwissen und gestalterische Fähigkeiten.

Der/Die künftige Stelleninhaber/in ist gleichzeitig Sachgebietsleiter/in mit Schwerpunkt für Sonderplanungen in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung und für städtebauliche und planungsrechtliche Beurteilung im Baugenehmigungsverfahren (Einvernehmen der Gemeinden).

Die Funktion des/der Stellvertretenden Amtsleiters/in setzt Berufserfahrung in kooperativem Arbeitsstil und Personalführung voraus. Die Stelle ist im Stellenplan nach Besoldungsgruppe A 14 BBO ausgewiesen.

Da eine Erhöhung des Frauenanteils in allen Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, angestrebt wird, sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Bei gleicher Eignung werden Schwerbehinderte bevorzugt behandelt.

Bewerbungen werden bis spätestens 31. Juli 1990 unter Angabe obiger Kennziffer erbeten an den

**Magistrat der Stadt Offenbach am Main**

Personal- und Organisationsamt –,  
 Postfach 10 12 63,  
 6050 Offenbach am Main.

Telefonische Auskünfte unter der Rufnummer 0 69 / 80 65-28 51.

## Beim Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung

Abteilung Landentwicklung - 6200 Wiesbaden, Parkstraße 44,  
ist ab sofort die Stelle einer/eines

### Diplomingenieurin/ Diplomingenieurs (FH)

der Fachrichtung Vermessung zu besetzen.

Zu den Aufgaben gehören u. a.

- Selbständige und abschließende geodätische Auswertung großflächiger Neuvermessungen von Flurbereinigerungsverfahren und Baulandumlegungen einschließlich Ortslagen nach der Lageblockausgleichsmethode bzw. Polygonzugmethoden. Alle in diesem Zusammenhang anfallenden zusätzlichen Berechnungen, Untersuchungen und Analysen von Fehlern und Ungenauigkeiten sind ebenfalls mit EDV-Unterstützung zu lösen.
- Kontrolle und Prüfung der im Zusammenhang mit der Neuberechnung maschinell erstellten Verfahrenskarten.
- Ermittlung von Absteckungselementen zur Projektübertragung an die Örtlichkeit.

Erwünscht sind fundierte Kenntnisse und Erfahrungen bei dem Einsatz der EDV (TSO, BS 2000, SICAD, SINIX) sowie von Computertachymetern (Elta 2, Elta 4 u. a.).

Im Hinblick auf die angestrebte Erhöhung des Frauenanteils in der Verwaltung werden Frauen besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Vergütung und sonstige Vertragsgestaltung erfolgen nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag. Vergütung kann bis zur Vergütungsgruppe III BAT geboten werden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis spätestens 9. Juli 1990 zu richten an das

**Hessische Landesamt für Ernährung,  
Landwirtschaft und Landentwicklung,  
Königsche Straße 48/50, 3500 Kassel.**



## LANDKREIS KASSEL

Beim Landkreis Kassel (223 000 Einwohner, 29 Städte und Gemeinden, 1 292 km<sup>2</sup>) ist ab sofort die Stelle der/des hauptamtlichen

### Ersten Kreisbeigeordneten

neu zu besetzen, nachdem der bisherige Stelleninhaber aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig ausgeschieden ist.

Gesucht wird eine verantwortungsfreudige, dynamische Persönlichkeit, die in der Lage ist, in Dezernatsleitung und in Vertretung des Landrats die vielfältigen Aufgaben und Probleme eines Landkreises dieser Größenordnung im engeren Nachbarschafts- und Verflechtungsbereich einer Großstadt wahrzunehmen und zu lösen.

Fachliche Eignung, umfangreiche kommunalpolitische Erfahrung und persönliche Integrität werden vorausgesetzt, gute Kenntnis des nordhessischen Raumes ist erwünscht.

Die Wahlzeit beträgt sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung und erfolgt nach B 5 Bundesbesoldungsgesetz.

Es wird begrüßt, wenn sich durch diese Ausschreibung Frauen angesprochen fühlen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind in verschlossenem Umschlag unter dem Stichwort „Wahl der/des Ersten Kreisbeigeordneten“ bis zum 31. Juli 1990 zu richten an den **Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses des Kreistages des Landkreises Kassel, Kreistagsvorsitzenden Erwin Schuck, Humboldtstraße 24, 3500 Kassel (Landratsamt).**



## Bei der Gemeinde Schlangenbad

ist ab sofort die Stelle eines/einer

### Sachbearbeiters/ Sachbearbeiterin

für Aufgaben im Bereich des Ordnungsamtes zu besetzen.  
Aufgabenschwerpunkte sind:

- Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Verfolgen von Ordnungswidrigkeiten
- Straßenverkehrswesen
- Feuerschutz
- Zivilverteidigung

Eine weitere Aufgabenzuweisung bleibt vorbehalten.

In Betracht kommen Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossener Verwaltungsbildung, die gute Kenntnisse auf dem Gebiet des Ordnungsrechts nachweisen können. Darüber hinaus sind Schreibmaschinenkenntnisse erwünscht.

Von dem/der neuen Mitarbeiter/Mitarbeiterin werden Einsatzfreude, Beweglichkeit und Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln sowie Gewandtheit im schriftlichen und mündlichen Ausdruck erwartet.

Die Einstellung erfolgt nach Vergütungsgruppe VI b des Bundesangestelltentarifvertrages. Aufstiegsmöglichkeiten sind bei entsprechender Qualifikation und Bewährung gegeben.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild, Schulabschlusszeugnis, Prüfungszeugnis, Übersicht über die Berufsausbildung und die bisherige Berufstätigkeit) sind bis zum 20. Juli 1990 zu richten an den

**Gemeindevorstand der Gemeinde Schlangenbad,  
Rheingauer Straße 23, 6229 Schlangenbad.**



## Gemeinde Brühl, Rhein-Neckar-Kreis

Wegen Versetzung des derzeitigen Stelleninhabers in den Ruhestand, ist bei der Gemeinde Brühl (ca. 14 000 Einwohner) die Stelle des/der

### Leiters/Leiterin der Kämmerei

neu zu besetzen. Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 13 g. D. bewertet.

Das Aufgabengebiet umfaßt das Kämmerei- und Kassenwesen mit Liegenschaften und Steuerverwaltung. Wir erwarten von den Bewerbern mehrjährige praktische Erfahrungen im kommunalen Kämmereiwesen und Kenntnisse in der elektronischen Datenverarbeitung sowie Engagement, Verhandlungsgeschick und gute Führungseigenschaften.

Richten Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen bis 6. Juli 1990 an

**Bürgermeister Günther Reffert, Postfach 20, 6835 Brühl.**

Für telefonische Auskünfte stehen Ihnen Herr Wüst (0 62 02 / 20 03-40) oder Herr Leschinger (0 62 02 / 20 03-20) gerne zur Verfügung.



## Die kreisangehörige Stadt Dreieich, Kreis Offenbach,

sucht für das neu geschaffene Umweltamt einen/eine

### Leiter bzw. Leiterin

Besoldungsgruppe A 13 BBesG

Die Anhebung der Stelle nach Besoldungsgruppe A 14 BBesG ist vorgesehen.

Das Aufgabengebiet umfaßt den Aufbau und die Leitung des neu geschaffenen Umweltamtes.

Für diese vielseitige neue Aufgabe wird eine fachlich qualifizierte und befähigte Persönlichkeit gesucht, um die Belange des Umweltschutzes auf kommunaler Ebene zu erkennen, zu formulieren und zu vertreten. Im einzelnen bedeutet dies:

- Entwicklung von Konzepten kommunaler Umweltschutzarbeit in den Bereichen des Natur- und Landschaftsschutzes, der Ressourcenschonung sowie bei Aufgaben der Ver- und Entsorgung
- Aufbau teamorientierter Beratungsleistungen des Umweltamtes für Bevölkerung, Wirtschaft, Vereine, Verbände usw.
- Entwicklung und Durchführung projektbezogener UVPs
- Erstellung eines Umweltkatasters und Formulierung von Umweltqualitätszielen
- Entwicklung eines Umweltinformationssystems und Beiträge zur Öffentlichkeitsarbeit im Umweltbereich.

Wir erwarten

- die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst
- Berufserfahrung im Bereich der Umweltberatung und des kommunalen Umweltschutzes
- fundierte fachliche Kenntnisse und/oder Ausbildung im Bereich Umweltberatung, UVP und Abfallwirtschaft
- Bereitschaft zu selbständiger und teambezogener Arbeit, Kreativität und Engagement
- Organisations- und Verhandlungsgeschick sowie Durchsetzungsvermögen

Die Stadt Dreieich besteht aus fünf Stadtteilen und hat ca. 40 000 Einwohner. Sie liegt verkehrsgünstig, nur wenige Kilometer südlich von Frankfurt am Main und verfügt über eine gute Infrastruktur.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Wenn Sie diese interessante Aufgabe reizt, richten Sie bitte Ihre aussagefähige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen innerhalb zwei Wochen nach Erscheinungstermin an den

**Magistrat der Stadt Dreieich - Personalamt -  
Hauptstraße 15-17, 6072 Dreieich, Tel. 0 61 03 / 6 01-2 06**

## Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten.

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz; Redaktion: Telefon 0 61 21 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 32, Telex 4186648, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A



## Bei der Stadt Hirschhorn (Neckar), Landkreis Bergstraße,

ist die Stelle der/des

### hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeisters

zum 1. September 1990 neu zu besetzen.

Der bisherige Stelleninhaber wird nach sechsjähriger Amtszeit ein neues Wahlmandat in einer anderen Stadt übernehmen.

Die Bewerber/innen müssen die Voraussetzungen des § 42 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung erfüllen. Die Wahlzeit beträgt sechs Jahre. Wiederwahl ist möglich. Die Besoldung erfolgt nach der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung (A 14 BBesG). Zuzüglich wird eine Dienstaufwandsvergütung nach den Bestimmungen des Hessischen Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetzes gewährt.

Die Stadt Hirschhorn (Neckar) mit ca. 4 100 Einwohnern besteht aus vier Stadtteilen und liegt im reizvollen Hessischen Neckartal. Sie verfügt über eine gesunde Wirtschaftsstruktur. Als anerkannter Luftkurort bietet die „Perle des Neckartals“ hohen Freizeitwert und verfügt über ein Angebot an Kindergarten, Grund-, Haupt- und Sonderschule, ärztliche Versorgung und gute Verkehrsverbindungen.

Gesucht wird eine verantwortungsbewußte, zielstrebige und einsatzfreudige Persönlichkeit mit umfassenden Kenntnissen und praktischen Erfahrungen in der Kommunalverwaltung. Die/ Der Bewerber/ in soll die Fähigkeit besitzen eine Verwaltung zu leiten, Menschen zu führen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gemeindeorganen zu pflegen. Die zweite Verwaltungsprüfung oder eine gleichwertige Qualifikation wird vorausgesetzt. Die/ Der Bewerber/ in muß bereit sein, ihren/ seinen Wohnsitz in der Stadt zu nehmen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Lichtbild neuesten Datums, lückenlosem Nachweis bisheriger Tätigkeit und beglaubigten Zeugnisabschriften werden in verschlossenem Umschlag erbeten bis zum **19. Juli 1990** unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses  
der Stadt Hirschhorn (Neckar),  
Herrn Helmut Selbert,  
Rathaus, 6932 Hirschhorn (Neckar).**

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung erbeten.

Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: Jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 27 vom 2. Juli 1990 beträgt 32 Seiten.